

Hansgeorg Conert Perestrojka – Der mühsame Weg des Umbaus der sowjetischen Gesellschaft Zum Verhältnis von Ökonomie und Politik im Reformprozeß

Perestrojka ist in aller Munde. Der von M.S. Gorbacev ins Werk gesetzte Elan des sowjetischen Reformprozesses weckt im Westen wohlwollendes Interesse, mancherorts geradezu Begeisterung und jedenfalls hohe Erwartungen. Je nach dem politischen und gesellschaftlichen Standort des Beobachters richten sich die Hoffnungen auf politische, soziale und wirtschaftliche Ergebnisse verschiedener Art; einhellig ist aber der Wunsch nach Verwirklichung der Reformpläne.

In und außerhalb der UdSSR werden allerdings weniger die Reformvorstellungen, -beschlüsse und die möglichen Resultat diskutiert, als vielmehr die politischen und gesellschaftlichen Chancen der Reformprotagonisten um Gorbacev, den Änderungskurs beizubehalten und gegen Widerstände verschiedenster Art durchzusetzen. Zweifel werden bei jenen, die mit der jüngeren sowjetischen Vergangenheit einigermaßen vertraut sind, vor allem durch Erinnerung an den gescheiterten ökonomischen Reformansatz von 1965 genährt. Dabei werden die Ursachen weniger in ökonomischen Problemen in engerem Sinne geortet, als in fehlenden politischen und gesellschaftlichen Bedingungen. Deren Erörterung steht bei aktuellem Bezug im Mittelpunkt dieses Beitrags. Im ersten Abschnitt werden die Ursachen des Mißerfolgs der Reform von 1965 resümiert. *Ein* Faktor für den Vergleich der Reformchancen von 1965 mit den heutigen ist die Einschätzung des jeweils wirksamen Reformdrucks. Dazu werden im folgenden Abschnitt einige Gesichtspunkte diskutiert.

Ein notwendiger Zusammenhang zwischen Änderungen des zentralistisch-administrativen und direkten Planungs- und Leitungssystems der Wirtschaft und Demokratisierung der staatssozialistischen Machtstrukturen und politischen Prozesse wird zwar oft behauptet, aber selten präzisiert. Dazu werden im anschließenden Teil einige Hinweise gegeben. Sie sind von Bedeutung für die Beurteilung der Ansätze, die gegenwärtig in der UdSSR zur Ausdehnung der Reform in die Bereiche von Politik und Gesellschaft unternommen werden. Beispiele dafür werden im nachfolgenden Abschnitt dargestellt und diskutiert. Da in diesem Beitrag davon ausgegangen wird, daß ökonomische Funktions- und Effizienzdefizite den Anstoß zum erneuten Reformversuch gaben und daß das Ziel ihrer Überwindung die weiteren Reformschritte bestimmt, sind die intendierten und eingeleiteten politischen und gesellschaftlichen Veränderungen unter dem Aspekt ihrer Funktion für die wirtschaftliche »Erneuerung« zu erörtern. Einige Überlegungen zu den Chancen, Grenzen und Gefährdungen der sowjetischen Reformpolitik schließen den Beitrag ab.

Die »Kossygin-Reform« der sechziger Jahre und ihr Scheitern

Alle Ansätze zu institutionellen und funktionsgerichteten Änderungen sozialistischer Wirtschaftsordnungen sowjetischen Typs (Jugoslawien nach 1952, DDR 1963, CSSR 1966/67, Ungarn 1968) weisen in die gleiche Richtung: Erweiterung der ökonomischen Entscheidungs- und Verfügungskompetenzen der Betriebe. Diese Reformen waren und sind gerichtet auf Überwindung der strukturellen Funktionsschwächen des Systems zentraler, direkterer, allumfassender, administrativer und im Kern auf Produktionsergebnisse in Naturalform ausgerichteter Wirtschaftsplanung und -leitung. Sie resultieren letztlich aus der Unmöglichkeit, ökonomisches Handeln im Sinne permanenten und strengen Aufwand-Ergebnis-Kalküls im Bereich der einzelwirtschaftlichen Einheiten (Betriebe) zentral zu planen, zu steuern und zu kontrollieren. Die den Prozeß der planwirtschaftlichen Industrialisierung der SU von Beginn an beherrschende Zielausrichtung auf Produktionsmengen und die relative Einfachheit, quantitative Produktionsziele zu erarbeiten, zu Plänen zusammenzufassen und diese in verbindliche Produktionsaufgaben der Betriebe zu disaggregieren führte dazu, daß die Erfüllung solcher Plankennziffern entscheidendes Bewertungskriterium der betrieblichen Wirtschaftstätigkeit durch die Leitungsorgane wurde. Nachhaltiges Eigeninteresse der Betriebskollektive an systematischer Aufwandsökonomie wird unter diesen Bedingungen nicht handlungsleitend. Zur Überwindung der daraus resultierenden Produktivitätsdefizite ist zumindest erforderlich: die betriebliche Wirtschaftstätigkeit nach synthetischen, d.h. die einzelnen Faktoren von Arbeits- und Ressourcenökonomie zusammenfassenden Indikatoren zu bewerten, die Betriebskollektive zur Forcierung entsprechenden Eigeninteresse an den Arbeitsresultaten zu beteiligen und ihnen die zu solchen ökonomischen Dispositionen erforderlichen Entscheidungs- und Verfügungsrechte einzuräumen.

Damit sind Ausgangspunkt, Motive und Grundrichtung der ökonomischen Reformbeschlüsse von 1965¹ und in der UdSSR im groben Umriß bezeichnet. Ihnen ging eine mehrjährige kritische und kontroverse Diskussion vor allem unter Ökonomen voraus (vgl. Sharpe, 1966). Im bekanntesten Beitrag entwickelte J. Liberman (Liberman 1962) ein recht einfaches Konzept: Den Betrieben seien zum einen quantitative Planaufgaben, vorwiegend im Naturalausdruck, zuzuweisen. Unter der Voraussetzung ihrer Erfüllung müsse die Rentabilität zur Hauptbewertungskennziffer der betrieblichen Leistung werden. Bei Überschreiten einer branchenspezifisch oder einzelbetrieblich festzulegenden Normrentabilität dürften die Betriebe beachtliche, allerdings degressiv abnehmende (um Kapazitätsverschleierungen vorzubauen) Anteile des Mehrgewinns behalten.

Das 1965 verabschiedete Reformkonzept wies in die Richtung des Libermanschen Vorschlags, ohne allerdings den ökonomischen Dispositionsspielraum der Betriebe in so starkem Maße auszuweiten, wie es der Liberman-Vorschlag vorsah. Beabsichtigt war, die Unzahl der den Betrieben in den Jahresplänen vorgegebenen vollzugsverbindlichen Kennziffern auf neun (z.T. allerdings zusammengesetzte) zu reduzieren. Zur Erweiterung der Dispositionsmöglichkeiten der Betriebe sollten die Fünfjahres- anstelle der Jahrespläne bewertungsentscheidend werden. Rentabilität bzw. Gewinn sollte Hauptindikator der betrieblichen Wirtschaftsresultate sein. Deren Gratifizierung sollte vor allem in Form ergebnisabhängiger Zuweisung von Gewinnan-

teilen in betriebseigene Fonds erfolgen, aus denen zum einen Investitionen nach eigener Entscheidung finanziert, zum anderen Prämienzahlungen bestritten und Sozial- und Kultureinrichtungen geschaffen oder ausgebaut werden konnten.

Das von westlichen Beobachtern seit Anfang der 70er Jahre konstatierte Scheitern dieses Reformansatzes in der UdSSR wird in jüngerer Zeit nicht selten auch von sowjetischen Autoren uneingeschränkt konzidiert. Die auch von mir bislang benutzte Formulierung »Scheitern der Reform« ist allerdings präzisierungsbedürftig. Sie kann meinen: Das Reformkonzept ist verwirklicht worden, hat aber nicht die erwarteten ökonomischen Resultate gebracht. Die Formulierung könnte sich aber auch auf den Implementierungsprozeß beziehen und dessen Scheitern meinen, so daß offenbliebe, welche Ergebnisse die Reform unter der Voraussetzung konsequenter Verwirklichung gezeitigt hätte. Tatsächlich war der Verlauf des Reformprozesses jedoch komplexer als diese Interpretationen nahelegen². Die Implementierung konnte und sollte nicht in einem Zuge in der gesamten Industrie des Landes, sondern in Stufen, zunächst bis 1968, dann bis 1970 erfolgen. Zur Anwendung gelangten – im Widerspruch zur Konzeption – nicht einheitliche, sondern branchenweise variierende Reformmaßnahmen. Als nach quantitativen Anfangserfolgen, die jedoch nicht strukturellen Änderungen, sondern der anreizinduzierten Aktivierung betrieblicher Reserven geschuldet waren (Katz 1972, 156; Ryavec 1975, 283/84) ab 1968 die verschiedensten ökonomischen Probleme auftraten,³ intervenierten die Leitungsorgane (wie Gosplan, die Zweigministerien u.a.) bereichsweise oder punktuell, indem sie Reformbestimmungen modifizierten oder überhaupt außer Kraft setzten (Berliner 1983, 361; Keizer 1972, 224; Kushnirski 1984, 37). Anfang der 70er Jahre hatte sich in der sowjetischen Industrie bezüglich der praktizierten Planungs- und Leitungsmethoden und -instrumente eine Situation herausgebildet, die bei allen Differenzen zwischen Branchen und auch Betrieben insgesamt den Reformbeschlüssen nicht oder nur in reduzierter Weise entsprach. Der wenig überschaubare, weder gradlinige noch einförmige Verlauf des Reformprozesses läßt sich mithin treffender als »Versanden« denn als »Scheitern« kennzeichnen.

Wenn heute in und außerhalb der UdSSR die Chancen der aktuellen Reformpolitik unter dem Blickwinkel des "Schicksals" der Kossygin-Reform diskutiert werden, stellt sich erneut die Frage nach den Ursachen dieses "Versandens". Die in der westlichen Fachliteratur⁴ vorfindlichen Antworten konzentrieren sich auf die Obstruktion der Reformdurchsetzung seitens der mittleren und oberen Organe der Wirtschaftsadministration (z.B. Rykavec 1975, resümierend 299/300; Bialer 1983, 414; Höhmann 1974, 30/31). Dabei wird das Problem von Interesse, ob und in welcher Weise eine Reform des "Wirtschaftsmechanismus" staatssozialistischen Typs Veränderungen der Strukturen und Prozesse der *politischen* Machtkonstitution und -exekution verlangt. Gorbacev beantwortet es eindringlich im Sinne der im Westen überwiegend und seit langem (bei unterschiedlicher Begründung und Konkretisierung) vertretenen Auffassung, daß ein solcher ökonomischer Reformansatz ohne Änderung der politischen Machtstrukturen und der gesellschaftlichen Beziehungen zum Scheitern verurteilt ist. Diese Einschätzung soll später in der Absicht notwendiger Präzisierung und Konkretisierung diskutiert und dabei erörtert werden, ob und in welcher Weise ihr die heutige sowjetische Reformpolitik Rechnung trägt. Mit Blick auf die gegenwärtigen sowjetischen Reformperspektiven muß jedoch noch ergänzt

werden, daß die eindeutige Beschränkung der Reform von 1965 auf die ökonomische Sphäre, der Verzicht auf gleichzeitige Veränderungen der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse keineswegs die einzige Ursache für das Scheitern ihrer Durchsetzung sind. Das Syndrom der zahlreichen weiteren, sich zum Teil verstärkenden oder wechselseitig bedingenden Gründe, die Studien westlicher Autoren anführen, will ich wenigstens in gerafftester Form aufschlüsseln:

- Die Wirtschaftsadministration obstruierte und konterkarierte die Reformbeschlüsse, aber vor allem war die politische Führung offenkundig nicht entschlossen genug, Widerstände dieser Art zu brechen.
- Die sachliche Fundierung der Reformkonzeption war unzulänglich und inkohärent. Die einzelnen Maßregeln widersprachen sich teilweise (Ellman 1984, 76). Temporär verwirklichte Reformbestimmungen führten deshalb zu ambivalenten Resultaten und erzeugten neue Probleme, was ihre Rücknahme zu rechtfertigen schien (Höhmman, 1974).
- Unveränderte ökonomische Rahmenbedingungen verhinderten die intendierten Wirkungen, z.B. die erhofften Resultate der neuen Stimulierungs- und Gratifizierungsmodalitäten (den betrieblichen Investitionsfonds und den steigenden Einkommen der Arbeiter stand kein Güterangebot gegenüber). Die Lage in traditionellen Engpaßsektoren besserte sich nicht und blockierte Erfolge im Reformsektor (so etwa die Wirkungen der Landwirtschaft, des Transport- und Bauwesens) (Dyker 1981, 131, 136; Kaspi 1983, 149 f.).
- Ökonomische Friktionen, die dirigistische Interventionen der Leitungsorgane auslösten, gingen an tradierte Mängel des Preissystems zurück (Ellmann 1984, 90; Schroeder 1971, 38/39).
- Die Betriebsdirektoren und leitenden Angestellten verfügten oft weder über Motivation noch über erforderliche Qualifikation zur Arbeit unter veränderten Bedingungen (Brus 1986, 22; Katz 1972, 155 f.; Ryavec 1975, 254/55, 293).
- Die Arbeiter und Angestellten zeigten keineswegs ausgeprägtes Interesse an der Reform und unterstützten sie wenig (Arnot 1981; Brus 1986, 22; Katz 1972, 155f.; Schroeder 1979, 335).

Diese ökonomischen und sozialen, durch Reformbeschlüsse »von oben« nicht rasch überwindbaren Blockierungsursachen wirken zusammen mit der Obstruktion der Ministerien und Staatskomitees auch heute gegen die Durchsetzung des – begrenzten – ökonomischen Reformbeschlusses vom Juli 1983⁵ (Conert 1985, Seidenstecher 1986) wie gegen dessen Erweiterungen unter Gorbacev. Da diese Reformhindernisse nicht Gegenstand meiner weiteren Erörterungen sind, sollten sie zumindest benannt werden, um nicht der Einschätzung Vorschub zu leisten, die Perspektiven der perestrojka hingen ausschließlich von Demokratisierungsschritten auf der institutionellen und rechtlichen Ebene ab.

Zum »Reformdruck« 1965 und heute

Allgemein kann davon ausgegangen werden, daß das Maß der von den Protagonisten der sowjetischen Partei- und Staatsführung wahrgenommenen Dringlichkeit einer Reform *ein* wesentlicher Faktor ihrer Reformentschlossenheit und damit der Realisierungschancen des Reformkonzepts ist. Die nachfolgenden knappen Erwägungen hierzu konzentrieren sich auf wirtschaftliche Argumente, denn trotz der nunmehr auch die politischen und sozialen Strukturen erfassenden Reformpolitik weist der Duktus ihrer Begründung eindeutig auf die Priorität ökonomischer Motive und Ziele hin.

Ungeachtet der Planungs- und Strukturprobleme, die 1956 zur förmlichen Außerkraftsetzung

des 6. Fünfjahrplanes (FJPI) geführt hatten (Nove 1984, 344), waren Chruscevs Erläuterungen zum Entwurf des Siebenjahresplanes 1959-65 auf dem XXI. – außerordentlichen – Parteitag der KPdSU 1959 von Optimismus durchdrungen und enthielten keine Hinweise auf ökonomische Funktions- und Effektivitätsmängel. Als »ökonomische Hauptaufgabe der UdSSR« wurde bestimmt, »... die am weitesten entwickelten kapitalistischen Länder in der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, in der Produktion pro Kopf der Bevölkerung zu übertreffen ...«⁶. Nur zwei Jahre später aber mußte Chruscev im Rechenschaftsbericht des XXII. Parteitags eine ganze Reihe der noch heute akuten Defizite hervorheben: Die Arbeitsproduktivität ist niedrig und steigt langsam, zu lange verzögert sich die Einführung neuer Produktionstechniken, die Fristen im Anlagenbau sind zu lang und die Kosten zu hoch, Roh-, Bau- und Energiestoffe werden vergeudet, Kapazitäten bleiben ungenutzt; die Planung ist verbesserungsbedürftig.⁷ Eine erweiterte Mängelliste legte dann L. Breznev dem XXIII. Parteitag 1966 vor.⁸ Die in der Struktur und Funktionsweise des überkommenen Planungs- und Leitungssystems wurzelnden Fehlentwicklungen waren Anlaß und Gegenstand der erwähnten Reformdiskussion 1962-65. Obwohl zwar die Zuwachsraten der Industrie mit je knapp 8% 1963 und 1964 auf den bis dahin niedrigsten Stand nach dem Kriege fielen, lagen sie aber noch immer – mit Ausnahme Japans – über denen der entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften. Chruszevs Nachfolger sahen wie dieser die Notwendigkeit von Änderungen im Planungs- und Leitungssystem zur Durchsetzung eines »qualitativ« erhöhte Resultate gewährleistenden Funktionsmechanismus'. Zumindest in kürzerfristiger Perspektive war der Reformdruck jedoch beschränkt. Das Andauern der ökonomischen Mißstände und Dysfunktionen beim Scheitern der Reformversuche der 60er und 70er Jahre führte jedoch in eine Situation, derer wirtschaftliche, soziale und politische Tragweite in den üblichen quantitativen, von der sowjetischen Partei- und Wirtschaftsführung immer ins Zentrum gerückten Indikatoren kaum Ausdruck findet.⁹ Die wirklich bedrohlichen Struktur- und Entwicklungshemmnisse sind vor allem qualitativer Natur. Ich will sie wenigstens selektiv andeuten:

- Die technologische Innovationsschwäche der Wirtschaft konnte nicht überwunden werden. Insbesondere das Nachhinken im Bereich der Mikroelektronik bewirkte, daß der produktionstechnische Abstand zu den entwickelten kapitalistischen Ökonomien größer statt geringer wurde (Amman/Cooper 1982 u. 1986).
- Die niedrige Ausscheidungsrate von Maschinen und Anlagen (im Maschinenbau z.B. ca. 1,7% im Jahr) bei nur langsam wachsendem Anteil der Modernisierungsinvestitionen führte zur Obsoleszenz der Ausrüstungen in einem Maße, das nunmehr Anlageerneuerungen großen Umfangs in kurzer Frist unerlässlich macht.
- Die Effektivität der Investitionen sinkt deutlich. Zur Erzielung eines Produktionszuwachses von 1 Mill. Rubel waren im 8. FJPI (1966-70) Anlageinvestitionen in Höhe von 640 000 R. erforderlich; im 9. FJPI 743 000 und im 10. FJPI mehr als 1,2 Mill. R.¹⁰
- Die Produktivität des Grundfonds (der Produktionsanlagen im Wertausdruck) sank im 9. FJPI um 13,4%. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität sank von 28,8% im 9. FJPI auf 16,7% im nächsten Jahr, im darauf folgenden blieb es auf dieser Höhe.¹¹
- Die aufwandstimulierende Wirkung der Planungs- und Bewertungsindikatoren konnte zwar in den vergangenen 12 Jahren etwas gebremst werden; sowjetische Autoren nennen aber noch immer einen spezifischen Roh- und Brennstoffverbrauch, der um 50 - 200% über dem US-amerikanischen liegt. Vor allem infolge erschwelter Abbaubedingungen stieg in den letzten 10 Jahren der Förderpreis einer t Erdöl um 70%, der von Kohle um 100% und der Eisenerz seit Mitte der 60er Jahre um 200%.¹²
- Die Leistungsschwäche endemischer »Engpaßsektoren«, die die Entwicklung der Gesamtwirtschaft

- hemmen, konnte kaum reduziert werden. Dazu zählen vor allem: der Energiesektor, die Landwirtschaft, das Bauwesen, das Transportwesen, der Konsumgüter- und der Dienstleistungssektor.
- Das Ausbildungssystem entspricht nicht den realen Qualifikationserfordernissen. Zugleich wirkt die Verteilung der Arbeitskräfte territorial, betrieblich und qualifikatorisch immer dysfunktionaler, weil keine bedarfsadäquate Flexibilität gewährleistet ist.

Kompetente westliche Autoren kennzeichnen die ökonomische Situation der UdSSR seit etwa 10 Jahren zu Recht als die einer Effektivitäts-, nicht aber einer Existenzkrise (z.B. Bialer, 1986 Kapitel 18). Die sowjetische Führung wird jedoch kaum bereit sein, den Preis für das Unterbleiben oder Mißlingen einer effizienzgerichteten Wirtschaftsreform zu zahlen, der in einem sukzessiven Verlust der Großmachtstellung des Landes besteht mit Folgen wie: Gefährdung der Sicherheitsinteressen, der Legitimationsfähigkeit im Inneren, der ökonomischen Eigenständigkeit u.a.m. Der Reformdruck der letzten Jahre muß mithin höher als der von 1965 eingeschätzt werden.

Wirtschaftsreform und Demokratisierung

Die Einbeziehung der politischen und sozialen Sphäre in die gegenwärtige sowjetische Reformkonzeption und -politik markiert die wesentlichste Differenz zum Reformansatz von 1965. Immer wieder bekundet Gorbacev die Überzeugung, ohne Demokratisierung seien die beabsichtigten tiefgreifenden Änderungen des ökonomischen Funktionsmechanismus nicht durchzusetzen. Die oft spontanen Sympathien, die Gorbacev damit gerade bei westlichen Linken erntet, sollten nicht die Notwendigkeit der Präzisierung des behaupteten Zusammenhangs verkennen lassen.

Die beschriebene strukturelle Ursache der Funktions- und Effizienzschwächen der sowjetischen Wirtschaft verdeutlicht, daß eine Vorbedingung des Reformersfolgs in der Dekonzentration von Entscheidungs- und Verfügungsmacht zugunsten der Betriebskollektive als Grundeinheiten der ökonomischen Prozesse, also in der Einführung eines zentralen Demokratie-Elements bürgerlicher Prägung besteht. Der bürgerliche Demokratiebegriff erschöpft sich zwar nicht im Postulat der Dezentralisierung von Machtbefugnissen, erstreckt sich jedoch auch nicht auf eine genuin sozialistische Dimension, nämlich die Auflösung gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse und die Gestaltung der sozialen Prozesse durch egalitäre Teilhabe aller Gruppen und Individuen an den Entscheidungen über ihre Zielrichtungen und Verwirklichungsformen. Zur Reflexion der Frage, ob Demokratisierung im Sinne dieses emphatischen Verständnisses Bedingung der Realisierung des erklärten Kernziels der sowjetischen Reformen - »kardinale« Steigerung der Effektivität der gesamten Wirtschaftstätigkeit – ist, müssen normative und funktionale Aspekte bzw. Momente materieller und formaler Rationalität auseinandergelassen werden.¹³ Die Annahme, bei authentisch sozialistischen Produktionsverhältnissen fielen beide Momente von Rationalität zusammen bzw. die gesellschaftliche Praxis gewährleiste beide zugleich, gehört zu den Traditionselementen marxistisch-sozialistischer Überzeugungen. Sie ist jedoch nur zutreffend, wenn – normativ durchaus begründungsfähig – den Kriterien materialer Rationalität Dominanz zuerkannt wird und sie die Grenzen der Geltung von Prinzipien formaler Rationalität bestimmen.¹⁴

Daß solches nicht in der entscheidungs- und handlungsleitenden Absicht der sowjetischen Reformen liegt – und unter den gegebenen historischen, ökonomischen, soziokulturellen Bedingungen nicht liegen kann – ist offenkundig. Hier geht es auch nicht darum, einen Ansatz zur Kritik des Demokratieverständnisses der sowjetischen Reformprotagonisten anzudeuten, sondern eher um eine Warnung vor zu euphorischen Erwartungen an Prozeß und Resultate der eingeleiteten Reformen, die dann erneut in die in der westlichen Linken nicht seltene abstrakte Kritik umschlagen.

Nun meinen die Befürworter von perestrojka mit Demokratisierung sicher nicht allein »kardinale Erweiterung der Entscheidungskompetenzen und Eigenverantwortung der Betriebskollektive«. Worum geht es ihnen darüber hinaus? Bei aller Problematik des Begriffs¹⁵ lassen sich die erkennbaren Intentionen am eindeutigsten auf den Begriff der gesellschaftlichen »Modernisierung« bringen. Wenn diese Kennzeichnung zutrifft, muß der sowjetische Reformprozeß von einer normativ-sozialistischen Position aus als ambivalent eingeschätzt werden. Sein Gelingen wäre nicht identisch mit »realem Sozialismus« im genuinen Sinne; es würde vielmehr politische, wirtschaftliche, soziale, soziokulturelle u.a. Veränderungen bedeuten, die einerseits Vorbedingungen sozialistischer Vergesellschaftungsweise – und auch schon Elemente derselben –, andererseits aber auch solche sind, die die Prozesse ihrer bewußten Durchsetzung hemmen oder gar blockieren. Die wesentlichen heute erkennbaren Intentionen und Ansätze zu politischen und gesellschaftlichen Veränderungen durch den sowjetischen Reformprozeß werden im folgenden benannt und Relevanz, Realisierungschancen, Probleme und Widersprüche diskutiert.

Zur politischen und sozialen Dimension von perestrojka

Wenn im weiteren beabsichtigte bzw. eingeleitete Ansätze zu Änderungen politischer und sozialer Strukturen und Prozesse in der UdSSR im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Durchsetzung und den Erfolg der Wirtschaftsreform diskutiert werden, so nicht in der Annahme, ihnen komme im Verständnis der Reformen ausschließlich instrumentale Bedeutung zu. Allerdings liegt den Erörterungen die These zugrunde, daß gravierende ökonomische Funktions- und Effizienzmängel Anlaß der Reforminitiative sind und daß eine zureichend konsequente Realisierung und Konsolidierung der politischen und gesellschaftlichen Veränderungen erkennbare Erfolge im Bereich der Wirtschaft voraussetzen. Die von Gorbacev¹⁷ immer wieder artikulierte Gewißheit, ohne »Umbau der ganzen Gesellschaft« komme man auch auf ökonomischem Gebiet nicht voran, ist zweifellos mehr als eine rhetorische Floskel.¹⁸ Sie scheint in der Erkenntnis zu wurzeln, daß die Phänomene der Depravierung der sozialen und individuellen Moral, der Ohnmachtserfahrungen entspringenden Gleichgültigkeit gegenüber den endemischen Mißständen in der Gesellschaft, von Apathie und Resignation hinsichtlich des öffentlichen Lebens, der Erosion von Rechtsbewußtsein und Verantwortungsbereitschaft etc. die postulierte »Aktivierung des menschlichen Faktors« in der Produktionssphäre illusorisch machen und daß die angestrebte »Wende« (perelom) von Bewußtsein und Verhalten auch nicht allein von dort ausgehen und sich durchsetzen kann.

Die Bezeichnung der im einzelnen intendierten gesellschaftlichen Veränderungen läßt sich als »Modernisierung« umschreiben, weil es um Institutionen, Methoden und Mechanismen der Regulierung ökonomischer, politischer und sozialer Prozesse sowie um die Herausbildung kompletärer Individualitätsformen mit sozialen Wertorientierungen und Verhaltensdispositionen geht, die Legitimation und Funktionsfähigkeit des gesellschaftlichen und politischen Systems gewährleisten und die für »moderne«, komplex differenzierte Industriegesellschaften unerlässlich *scheinen*.

»Das letzte Ziel des Umbaus ist, denke ich, klar: tiefgreifende Erneuerung aller Seiten des Lebens des Landes, dem Sozialismus die modernste Form der Organisation der Gesellschaft geben, die umfassendste Freisetzung des humanitären Charakters unseres Systems in allen entscheidenden Aspekten: ökonomischen, politischen und moralischen.«¹⁹

Ob Sozialismus im Verständnis des »westlichen Marxismus« unmittelbares Resultat erfolgreicher perestrojka sein könnte, soll der Spekulation überlassen bleiben. Anzunehmen ist aber, daß der Weg in diese Richtung *nach* einer gesellschaftlichen Umgestaltung im Sinne der heutigen sowjetischen Reformen eher gangbar ist als von den überkommenen Verhältnissen aus. Nicht mehr als diese Erwartung sollten westliche Sozialisten an die Reformentwicklung in der UdSSR stellen.

»Glasnost« als zentrales Element politisch-gesellschaftlicher Veränderung ist nicht identisch mit Lockerung der Pressezensur und umfassenderer und freierer Berichterstattung; Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen sind »nur« die Hauptmedien, die gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische etc. Zu- und Mißstände, deren Ursachen und Verantwortliche publik, mithin transparent machen sollen. Inländische wie ausländische Beobachter sehen im Mediensektor - neben dem kulturellen - jenen Bereich der sowjetischen Gesellschaft, in dem die perestrojka am spürbarsten, am weitesten fortgeschritten ist. Dafür lassen sich verschiedene Gründe anführen. So ist etwa der materielle Aufwand in dieser Sphäre der Umgestaltung gering. Entscheidend dürfte aber sein, daß hier, wie in kaum anderen Bereichen, die Mehrzahl jener, die sich und ihre Arbeit verändern sollen, dazu nicht nur bereit und fähig sind, sondern auch hohes Eigeninteresse einbringen.

Was die erörterten Themen und Problembereiche angeht, die Schärfe der Kritik, die Durchleuchtung von Ursachen, Hintergründen und Zusammenhängen, kann ein qualitativer Wandel konstatiert werden, auch wenn gezielte Kritik spezifischer, meist einzelnen Amtsträgern zugeschriebener Mißstände auch in der Presse der Breznev-Ära gar nicht selten war.

Jetzt aber wird über Ereignisse berichtet wie Verkehrs- und Arbeitsunfälle, Naturkatastrophen, werden Themen erörtert und Probleme diskutiert, die vor 1985 weitgehend Tabu waren bzw. deren Existenz schlicht bestritten wurde. Dazu zählen u.a.: die Todesstrafe (z.B. Literaturnaja Gazeta Nr. 51-1986, S. 13; Moscow News 25-1987, S. 2); Drogenabhängigkeit (diverse Ausgaben der Literaturnaja Gazeta und der Literaturzeitschrift Novy mir); Antisemitismus (z.B. Lakzin, in: Izvestija v. 4.12.1986; Cerkizov, in: Sovjetskaja kultura v. 18.6.1987); der Stalinismus, zumeist im Zusammenhang einer ausgedehnten Debatte über die Notwendigkeit einer Geschichtsrevision (z.B. Asanaf'ev, in: Moscow News No.2/1987; Interview mit Asanaf'ev in: Sovjetskaja kultura vom 21.3.87; gegen Asanaf'ev Vaganov und Ponomarev in: Sovjetskaja kultura v. 4.7.1987).

Wurden Träger hoher Partei- und Staatsämter bislang nur von Inhabern übergeordneter Positionen, bzw. anonymisiert auch von höherstehenden Organen kritisiert, so gelangt nunmehr auch Kritik »von unten« in die Medien. Ein Beispiel dafür ist die bissige Kritik an dem Minister für Wasserwirtschaft durch den (parteilosen!) Schriftsteller S. Salygin im Zusammenhang seiner Darstellung der Auseinandersetzung um das Projekt der Umleitung sibirischer Flüsse nach Zentralasien (Novy mir No.1-1987, deutsche Übersetzung in: Blätter für deutsche und internationale Politik, No.5-1987).

Eine Relativierung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, ihre faktische Gleichstellung mit jeder anderen, wie sie die Verfasser eines Leserbriefes an die Zeitschrift EKO (No.3-1987, Innenumschlag) vornimmt, wäre vor »glasnost« wohl auch in diesem nach sowjetischem Maßstab schon immer ungewöhnlich offenen Periodikum nicht veröffentlicht worden:

»Unsere Theoretiker lieben es, über die Vorzüge des Sozialismus zu schreiben: Planmäßigkeit, Kollektivismus, Freundschaft der Nationen, Gerechtigkeit, Einheitlichkeit der Interessen aller sozialen Gruppen und vieles andere. Aber eine beliebige soziale Struktur besitzt sowohl Vorzüge wie Unzulänglichkeiten ... Wir brauchen keine Wortmuster, die das Gewünschte für das Wirkliche ausgeben.«

Erschreckende Einblicke in Lebensbedingungen in der Provinz, in die Vergeudung ökonomischer Ressourcen, die entwürdigenden Umgangsformen von Amtspersonen mit Klienten, die Willkür von Vorgesetzten aller Art etc. finden sich mittlerweile in den stark erweiterten Leserbriefspalten der Zeitungen. Im übrigen sind diese Änderungen im Tenor von Berichterstattung und Kommentierung in früher als langweilig und obrigkeitshörig gemiedenen Zeitungen und Zeitschriften ausgeprägter als in seinerzeit schon geschätzten, wie etwa der »Literaturnaja Gazeta«. In der parteiamtlichen »Pravda«, die gewiß nicht zu den aufregenden Blättern zählt, finden sich nunmehr regelmäßig Sozialreportagen unter dem Titel »Das Leben, so wie es ist«. Hier werden u.a. unerträgliche Wohnverhältnisse, Warenmangel, Verkehrsbedingungen, Defizite im Gesundheitssektor und an sozialen Diensten in einer Unerbittlichkeit beschrieben, die die antisowjetischen Enthüllungspamphlete des Kalten Krieges in den Schatten stellt.²⁰

Für die Reformprotagonisten erfüllen die Informations- und Meinungsmedien unter den Bedingungen von »glasnost« verschiedene Funktionen zur Beförderung der Umgestaltung:

- Widerstrebende, bremsende, obstruierende Inhaber von Leitungspositionen sollen identifizierbar, der öffentlichen Kritik ausgesetzt und so ihre mögliche Amtsenthebung vorbereitet werden.
- Zugleich gilt es, Beispiele durchgesetzter Veränderungen, sei es im Betrieb, im Stil der Parteiarbeit, in der Tätigkeit örtlicher Sowjetorgane etc. und ihre handgreiflichen Resultate zu propagieren.²¹
- Freimütige und realitätshaltige Sachdarstellungen und Kritiken sollen Vertrauen der Bevölkerung in die Zuverlässigkeit der Informationen und den Wahrheitswillen der politischen Führung erzeugen. Die Reformen sehen in der bislang vorherrschenden Gewohnheit, »das Gewollte als das Wirkliche darzustellen«, offenbar eine der wesentlichen Ursachen für die Abwendung der Menschen vom öffentlichen Leben und für die Erosion ihrer Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement.²²

Es braucht nicht näher begründet zu werden, daß »glasnost« mit den angedeuteten Funktionen auch für die Durchsetzung der beschlossenen Änderungen und für die Erzielung der intendierten Resultate auf ökonomischen Gebiet große Bedeutung hat. Wie die Mehrzahl der anderen Reformmomente kann »glasnost« jedoch auch – wenn nicht allein, so doch zusammen mit anderen Faktoren – zur Stärkung des Widerstands gegen den Reformkurs beitragen. Die

angegriffenen, bloßgestellten, amtsenthobenen Funktionsträger und »Leiter« finden hier ein Argument mehr für ihre Opposition, das sie mit jenen zweifelsohne nicht Wenigen teilen, die überhaupt gegen alle Formen von »Nestbeschmutzung« votieren. Wie die Leserbriefseiten der Presse dokumentieren, zählen dazu bei weitem nicht nur Privilegierte, sondern auch Arbeiter, Bäuerinnen und Kriegsveteranen, die sich z.B. dagegen wenden, »in der Vergangenheit nur das Schlechte zu sehen«, »unseren Gegnern Argumente zu liefern«, »der Sensationsgier nachzugeben«. In einer Zuschrift an die »Pravda« (25.5.1987, S. 2) z.B. kritisiert der Leser Beluskin aus Moskau die derzeitige Art der Behandlung sozialer, wirtschaftlicher und anderer Unzulänglichkeiten in den Medien durch, wie er meint, Soziologen, Künstler und Publizisten. Er wirft ihnen vor, gesellschaftlich-politische und theoretische Probleme auf das Niveau von Psychologie, des Alltagsbewußtseins, persönlicher und zwischenmenschlicher Beziehungen herunterzuziehen und fährt fort:

»Unter diesem bequemen Deckmantel wächst die Welle, die sich anschickt, die erworbenen und noch erhaltenen sozialen und politischen, ökonomischen und geistig-ideologischen sozialistischen Werte hinwegzuspülen. Der kleinbürgerliche Anarchismus wird immer aggressiver, er begeht Übergriffe für eine Überprüfung der Geschichte der Entstehung und der Festigung des Sozialismus, der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Sie machen nicht Halt vor (der Kritik an) den drängendsten Aufgaben, Zielen und Folgen der sozialistischen Industrialisierung des Landes und der Kollektivierung der Landwirtschaft, vor der Forderung nach Rehabilitierung der seinerzeit entlarvten oppositionellen Fraktionen und Gruppen in der Partei.«

So kann keineswegs behauptet werden, das auf dem Gebiet von »glasnost« Erreichte sei unumkehrbar. Wie bei anderen Reformschritten mag auch hier der Widerstand im Fortgang des Prozesses wachsen und eine gemeinsame Basis finden.

Auf dem Gegenpol zu »glasnost« im Reformprozeß befindet sich, was Klarheit der Konzeption und Stand ihrer Umsetzung betrifft, die *Umgestaltung der KPdSU*. Es geht dabei vor allem um eine neue Funktionsbestimmung und um die Veränderung der Prozesse interner Willensbildung und Entscheidungsfindung. Der Rückstand der perestrojka in diesem brisanten Bereich wird kaum verwundern. Zum einen ist hier mit dem stärksten Widerstand zu rechnen, zum anderen ist ein rascher Wandel schon deshalb nicht möglich, weil dafür die »Kader« fehlen. In den zahlreichen unter Gorbacev vollzogenen Amtsenthebungen und Umsetzungen von Parteifunktionären auf allen Ebenen kann sich der »Umbau« auf diesem Gebiet nicht erschöpfen. Sie dienen zum einen, wie nach den Amtsantritten aller Vorgänger, dazu, der neuen Führung Gefolgschaft zu sichern, die allerdings für die Durchsetzung des Reformkurses bedeutsam ist. Zum anderen sind sie Konsequenzen der Antikorruptionskampagne und des Bestrebens nach Ausschaltung unfähiger Funktionäre.

Seinem Zweifel am Leistungsvermögen der Parteiinstanzen und ihrer Agenten gibt Gorbacev häufig Ausdruck, insbesondere im Hinblick auf die Durchsetzung der Reformpolitik und die Bereitschaft und Fähigkeit, die eingeschliffene eigene Arbeitsweise zu ändern: »Ich sagte schon, daß bei weitem nicht alle Partei- und Sowjetorgane vor Ort aktiv an der Umgestaltung teilnehmen.«²³ In den Grundeinheiten der Partei mangle es an der Fähigkeit, von prinzipiellen Positionen aus zu handeln; der Kampf gegen soziale und moralische Mißstände wird inkonsequent geführt; die Rolle der Partei- und Wahlversammlungen ist schwach, die Anwesenden haben kaum die Chance zur Mitwirkung an den Entscheidungen.²⁴

Ein geschlossenes Konzept zur Veränderung der Parteiarbeit wurde dem ZK bislang nicht vorgelegt. Elemente eines solchen deutet Gorbacev jedoch an, vor allem auf dem Januar-Plenum des ZK 1987. Zu diesen gehören:

- Kaderpolitik: sorgfältigere Auswahl und entscheidend verbesserte Ausbildung des Nachwuchses, dem vor allem auch Bewährungs- und Aufstiegschancen einzuräumen sind. Dazu ist häufigere Rotation der Funktionsträger angezeigt.
- Die Rolle der gewählten Gremien muß gestärkt werden; derzeit ist die Macht der Exekutivorgane zu groß. »Das Resultat – Schwächung der Rolle der Delegierten der Sowjets, der Mitglieder der Partei- und anderer Kollegialorgane bei der Bildung der Exekutivkomitees, bei der Auswahl der Kader, bei der Kontrolle ihrer Tätigkeit. Zeugt davon etwa nicht der Charakter, der Stil der Beziehungen der etatmäßigen Apparate zu den Mitgliedern der Wahlorgane? Im großen und ganzen trifft man auf Versuche der Mitarbeiter der Apparate, die Mitglieder der Parteikomitees zu kommandieren ...«²⁵
Um das zu ändern, müssen nach Gorbacev die Inhaber von Exekutivfunktionen (»Sekretäre«) von der Kreis- bis zur Ebene der Unionsrepubliken bei geheimer Abstimmung über mehrere Kandidaten gewählt werden. »Diese Maßnahme soll die Verantwortung der Sekretäre gegenüber den Wählern und den Parteikomitees ernsthaft stärken und ihnen das Vertrauen bei der Arbeit geben, das die genauere Bestimmung des Maßes ihrer Autorität erlaubt.«²⁶
- Die weitere Demokratisierung soll sich auch auf die Bildung der zentralen Leitungsorgane erstrecken. Präziser drückte sich Gorbacev auf dem Januar-Plenum bei dieser Andeutung, wozu er sich auf das Politbüro berief, nicht aus.
- Die Parteiorgane, insbesondere die exekutiven, sollen sich auf Aufgaben der politischen Führung, der Kontrolle der Umsetzung zentraler Beschlüsse, der Anregung von Initiativen unterschiedlicher Art, auf sachliche, organisatorische und politische Unterstützung der gesellschaftlichen Organisationen, örtlichen Sowjets u.ä. konzentrieren, die unmittelbare Befassung mit wirtschaftlichen oder sozialen Detailfragen, die in die Verantwortung der Betriebsleiter oder Sowjetorgane fallen, jedoch einstellen.

Auf die Brisanz dieser bescheiden anmutenden Anregungen zu Änderungen einiger Elemente des faktischen Reglements und der Arbeitsweise der Partei deutet schon hin, daß sie Gorbacev unter wiederholter Berufung auf »Briefe, die das ZK in großer Anzahl erhält« einbrachte. Im Beschluß des ZK-Plenums finden sich diese zaghaften Versuche zur Einbeziehung der Partei in die perestrojka nur in allgemeinen Floskeln wieder.²⁷

Insbesondere seit dem Januar-Plenum 1987 berichtet die sowjetische Presse regelmäßig über örtliche und regionale Ansätze zur Belebung der innerparteilichen Willensbildung und zur Änderung von Stil und Methoden der Parteiarbeit. Die früher übliche Schönfärbung hält sich dabei in Grenzen, oft überwiegen skeptische Einschätzungen und kritische Wertungen. R. Hills in anderem Zusammenhang getroffene Feststellung kann hier als allgemeine Erklärung für die Resistenz des tradierten Leistungsstils zitiert werden:

»It is the result of ill-defined institutional relationships, compounded by the inadequate personal qualities of the apparatchiki, and set in the mould of a tradition that cannot apparently be broken.« (Hill 1986, 27)

Der überkommene und vorherrschende Stil der Leitung der gesellschaftlichen Prozesse durch die Organe der Partei auf den verschiedenen Regierungs- und Verwaltungsebenen kann als Produkt historischer Bedingungen, der Übertragung des zunächst für die innerparteilichen Beziehungen entwickelten Prinzips des »demokratischen Zentralismus« auf die Regierung und Verwaltung der ganzen Gesellschaft und von Funktionsregeln bürokratischen Handelns verstanden werden. Kennzeichnend für diesen Stil ist vor allem der hochgradige Formalismus. Er resultiert vor allem aus dem in die unmittelbare nachrevolutionäre Periode zurückreichenden Verstoß gegen die elementarste Grundregel der Verwaltungsorganisation, nämlich eine

Inстанz nur mit solchen Funktionen zu betrauen und für die Ausführung verantwortlich zu machen, zu der ihre Protagonisten qualifiziert sind und zu deren Durchsetzung sie die Machtmittel hat. Diese Voraussetzungen sind bei den Komitees und Sekretariaten der KPdSU auf den Ebenen der Gebiete, Kreise, Städte und Betriebe/Verwaltungen i.d.R. nicht gegeben, zugleich ist aber die Ausführung der Beschlüsse der politischen Führung (d.h. von Politbüro, ZK und Ministerrat) bzw. die Kontrolle der Ausführung für sie verbindlich. Das Resultat ist in der Regel die formale, buchstabenmäßige, »getürkte« Ausführung.

Auf Partei- und Regierungsbeschlüsse von hinlänglich gesamtgesellschaftlicher Relevanz erfolgt zumeist eine breite publizistische und von der Partei und den gesellschaftlichen Organisationen (Gewerkschaften, Jugendverband u.ä.) getragene Kampagne zur Verwirklichung. Im konzipierten Sinne und mit den intendierten Folgen scheidet diese aber häufig: weil die Realisierung nicht in der Vollmacht der formal zuständigen Instanzen liegt, weil die Agenten dieser Instanzen kein Eigeninteresse an der Ausführung haben, weil es an den ressourcenmäßigen, qualifikatorischen, organisatorischen etc. Voraussetzungen mangelt, weil die Flut ständiger Anordnungen und immer neuer Beschlüsse nicht die Konzentration auf die Erfüllung einer Aufgabe erlaubt. Die politische Führung verfügt ihrerseits nicht über zuverlässige Kontrollorgane zur Überprüfung des Standes der Beschlußausführung und sie ist selbst stärker mit neuen Beschlußfassungen als mit konsequenter Vorsorge für die Umsetzung befaßt. Die bislang rasche Abfolge solcher Kampagnen führte zur schnellen »Obsoleszenz« der Beschlüsse, d.h. auch die Führung insistierte i.d.R. schon bald nicht mehr auf der Ausführung. Ein in jüngerer Zeit immer wieder in der sowjetischen Presse thematisiertes Beispiel formaler Ausführung ist die Bildung von Arbeitsbrigaden in der Industrie, im Bauwesen und im Transportbereich. »Experimentell« wurde damit im Anlagebau begonnen, wo, wie auch im Wohnungsbau, Arbeitsgegenstand und -organisation es nahelegen, den überschaubar und abgrenzbaren Funktionsgruppen jeweils befristete Aufgaben zu stellen und Entlohnung und Prämierung an deren in diesem Bereich zumeist eindeutig kontrollierbare Erfüllung zu knüpfen. Da diese Bedingungen in den verschiedenen Industriezweigen nicht oder nur in beschränktem Maße gegeben sind, schritt die Bildung von Brigaden, insbesondere von solchen mit eigener Wirtschaftsrechnung, nur langsam voran. Nachdem die Forderung nach Bildung von Brigaden einigemal erneuert wurde, konnte in jüngerer Zeit eine 70-80ige Erfassung der Arbeiter der Industrie in Brigaden gemeldet werden. In Zeitungsbeiträgen erklären Betriebsleiter, Meister und Arbeiter jedoch immer wieder, die Brigaden arbeiteten in den meisten Fällen nicht in der beabsichtigten Weise, d.h. vor allem mit internen Vollmachten der Arbeitsorganisation und der Entgeltverteilung bei enger Bindung der Entlohnung und Prämierung an die exakt bemessbare Leistung.

Eine seit Jahren als vordringlich herausgehobene und durch Beschlüsse und Kampagnen forcierte Aufgabe, für deren Erfüllung gleichfalls die Parteiorgane auf den jeweiligen Verwaltungsebenen verantwortlich sind, ist die Erhöhung der Qualität und des technischen Niveaus der Erzeugnisse. Der auch hier eingeschlossene Schematismus und Formalismus, die leere Geschäftigkeit und der rhetorische Eifer sind wie auf anderen Gebieten die Kehrseite des objektiven Unvermögens der Parteikomitees, der Betriebsleitungen und einzelner Verwaltungsorgane, dieses Problem zu lösen. Es wird vor allem verursacht:

- gesamtwirtschaftlich durch das zähe Überleben der Priorität quantitativer Leistungskriterien, die bewirken, daß Verfehlen der Mengen- bzw. Umfangs-Plankennziffern für die Betriebskollektive nachteiliger ist als die Auslieferung qualitativ mangelhafter Erzeugnisse;
- einzelwirtschaftlich durch den *circulus vitiosus*, in dem die Qualität der Produkte jedes Betriebs in hohem Maße von der von ihm verarbeiteten Rohstoffe, Halberzeugnisse und Vorprodukte abhängt.

Da die Bewertung der Arbeit der Parteikomitees nach den gleichen Kriterien erfolgt wie die der Betriebe, der regionalen Verwaltungsinstanzen und der Zweigministerien, ist es völlig unbegründet, zu unterstellen, ihre Protagonisten würden ihr Handeln an anderen Parametern ausrichten und würden z.B. darauf dringen, daß mit Mängeln behaftete Produkte das Werk nicht verlassen, auch wenn der Plan nicht erfüllt wird.

In einer ähnlichen Lage befinden sich die Agenten der staatlich-administrativen und der Parteiinstanzen hinsichtlich der prioritären Aufgabe technischer Produkt- und Prozeßinnovationen. Auch in dieser Hinsicht ist das überkommene und bis heute nicht wirklich revidierte Planungssystem so beschaffen, daß die Einführung neuer Produktionsverfahren und die Entwicklung neuer oder grundlegend verbesserter Produkte für die Betriebskollektive mit größeren Risiken verbunden ist, als die Nichterfüllung der ihnen im Bereich des »wissenschaftlich-technischen Fortschritts« gestellten Aufgaben.

Wie weit noch unklar ist, was »radikale Veränderung des Wirtschaftsmechanismus« meint und wie leicht es deshalb mißverstanden werden kann, zeigt ein im Juli in der »*Ekonomiceskaja Gazeta*« (No. 31-1987, S. 4) veröffentlichtes Interview mit dem Ersten Sekretär des Gebietspartei Komitees Novosibirsk über die Aktivitäten des Komitees zur Forcierung des »wissenschaftlich-technischen Fortschritts«. Was A.P. Filatov berichtet, ist unter der Voraussetzung der traditionellen Leitungsmethoden eindrucksvoll: Schaffung eines »Rats für wissenschaftliche-technischen Fortschritt« beim Gebietskomitee der KPdSU – er arbeitet in 13 Sektionen, diese übernehmen konkrete Verpflichtungen zur Lösung technologischer Aufgaben; der Rat organisiert naturwissenschaftlich-technische Massenbildung und Weiterqualifizierung und delegiert Aufgaben an andere Arbeitsgruppen, Institute und Betriebe und überwacht deren Erfüllung etc. Novosibirsk ist ein Wissenschaftszentrum und ein Gebiet mit entwickelter Industriestruktur. Weshalb muß die Partei Aufgaben übernehmen oder doch zumindest initiieren und koordinieren, die originär Aufgabe der am Ort zahlreich vertretenen Institute und großen Industriebetriebe sind? Deren Anreize für Innovationen werden im noch existenten System der Plankennziffern und Planabrechnung nicht dadurch verstärkt, daß diese außerbetrieblich entwickelt werden. Reformpolitiker und Ökonomen betonen, es komme darauf an, den »Wirtschaftsmechanismus« so zu gestalten, daß es für die Betriebskollektive von Vorteil ist, technische Neuerungen zu entwickeln und in die Produktionen zu überführen und von Nachteil, das zu unterlassen. Daß sich mit Realisierung der Wirtschaftsreform der Stil und die Funktion der Parteiarbeit ändern muß, wurde von Gorbacev mehrfach betont. Konkretisiert wurde der Hinweis bislang nicht.

Wie sind die Auswirkungen der auf absehbare Zeit vermutlich wenig veränderten Funktionsweise der KPdSU in den Prozessen gesamtgesellschaftlicher Entscheidungssetzung und -exekution auf den Verlauf der Reformprozesse einzuschätzen? Natürlich ist deren politische Dimension, was hier nicht im Detail nachzuweisen ist, in hohem Maße tangiert. Das betrifft

weit mehr die konsequente Durchsetzung jeweiliger Veränderungen auf örtlicher und regionaler Ebene als die Fortführung des Reformkurses durch die politische Führung, solange hier die Reformprotagonisten dominieren.

Dagegen hängen nach meiner Einschätzung die Chancen der Wirtschaftsreform vom »Umbau« der Partei eher in nachgeordneter und indirekter Weise ab. Das gilt vor allem für den bei weitem bedeutendsten, unionsgeleiteten Teil der Industrie und, vielleicht mit Ausnahme der Landwirtschaft, auch der anderen Sektoren. Diese Annahme mag erstaunen; man muß sich jedoch vergegenwärtigen, daß z.B. der Einfluß der Sekretäre der betrieblichen Parteiorganisationen auf ökonomische Entscheidungen und Prozesse erstens zumeist gering und zweitens i.d.R. *nicht* gegen die Betriebsleitung gerichtet ist. Das bedeutet allerdings auch, daß die von der Parteiführung erwarteten positiven Anstöße der betrieblichen, örtlichen und regionalen Parteiorgane für die Umgestaltung der betrieblichen Wirtschaftstätigkeit im Sinne der Reformkonzeption ausbleiben dürften. Das kann in Einzelfällen von Bedeutung sein; insgesamt hängen Durchsetzung und Erfolg der »radikalen Reform« des Wirtschaftsmechanismus aber z.B. von der Mitwirkung der Staatskomitees, der Ministerien, von ressourcenmäßigen Bedingungen, von motivationalen und qualifikatorischen Voraussetzungen der unmittelbar Beteiligten u.a. in höherem Maße als vom Agieren der unteren und mittleren Parteikader ab.

Die vielfältigen weiteren angekündigten oder schon eingeleiteten Reformschritte auf staatlich-politischem und sozialem Gebiet will ich im folgenden nur noch - exemplarisch - in drei Gruppen zusammengefaßt skizzieren:

Im staatlich-politischen Bereich soll die Stellung der Räte der Volksdeputierten (Sowjets) gestärkt und ihre Kompetenzen erweitert werden. Dazu erging ein Beschluß bereits im Juli 1986.²⁸ Er markiert nur einen Schritt zur Verwirklichung der Absicht, in der UdSSR nunmehr eine Kommunalordnung mit einer gewissen auch finanziell gesicherten Eigenständigkeit der Gemeinden zu schaffen. Die bisher von Mittelzuweisungen der Republiken oder der Union abhängigen Kommunen sollen eigene Steuereinnahmen und auch Abgaben der Betriebe zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen und Sozialeinrichtungen erhalten. Bei Industrieansiedlungen sollen die zuständigen Ministerien verpflichtet werden, den jeweiligen Gemeinden Mittel (in festgelegter Relation zur Investitionssumme) für Wohnungsbau, Errichtung von Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern etc. zuzuweisen. Diese Beschlüsse stehen im Zusammenhang mit dem generellen Bestreben der politischen Führung, die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung spürbar zu verbessern. Ihnen dürfte die Einsicht zugrunde liegen, daß die dazu erforderlichen Schritte effektiver in Eigenverantwortung »vor Ort« konzipiert, finanziert und ihre Ausführung kontrolliert werden kann als beim bisher obwaltenden zentralistischen Prinzip.

An dem in diesem Zusammenhang in jüngerer Zeit in der sowjetischen Presse des öfteren propagierten »Experiment« in der gruzinischen Stadt Poti erweist sich einmal mehr, daß die unter Gorbacev verkündete perestrojka nicht nur als Bruch, sondern auch als neue Etappe einer weiter zurückreichenden Entwicklung zu verstehen ist. Das auf Koordination der Planung und der Wirtschaftstätigkeit der Betriebe des Territoriums Potis, nicht allein, aber auch im Interesse der verbesserten Versorgung der Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen gerichtete Experiment geht auf einen Partei- und Regierungsbeschluß vom März 1981 »Über die weitere

Stärkung der Rolle der Sowjets der Volksdeputierten im Bauwesen« zurück. Diesen engeren Zweck überschreitend, waren die in Poti unternommenen Schritte von Beginn an auf Milderung eines Grundübels des branchen- (zweig-)mäßigen Leitungssystems der sowjetischen Wirtschaft ausgerichtet; auf die territoriale Unkoordiniertheit der Tätigkeit der Betriebe mit der Folge unsinniger Kosten (z.B. Bezug von Vorprodukten, die am Ort hergestellt werden, von weit her), sowie zugleich auf einen stärkeren Einfluß der örtlichen Verwaltung auf Planung und Tätigkeit der in der Region angesiedelten Betriebe im Interesse der Versorgung der Bevölkerung, der Sicherung von Bauleistungen, der Verbesserung der sozialen Infrastruktur.

Geht man von der nach 1965 nunmehr wieder offiziell üblichen Unterscheidung von administrativen und ökonomischen Leitungsmethoden aus – wobei die letzteren zu den Merkmalen der »radikalen Reform« gezählt werden – so sind die in Poti ergriffenen Maßnahmen jedoch den ersteren zuzurechnen. In deren Zentrum steht die Errichtung eines neuen Leitungsorgans in Gestalt einer »Territorial- zweigübergreifenden Vereinigung« (TMO), der fast alle Betriebe und ökonomischen Institutionen und Organisationen Potis angehören. Die Vereinigung hat den Status einer juristischen Person, einen eigenen Stellenplan und eigene »Fonds« (d.h. einen eigenen Etat). Ob es sich bei den genannten^{28a} 48 Mitarbeitern, die aus verschiedenen Instanzen der Wirtschaftsverwaltung in die Vereinigung versetzt wurden, nur um die leitenden oder um die Gesamtzahl handelt, ist nicht recht klar. Die Vereinigung untersteht zugleich dem Stadt-sowjet von Poti und dessen Exekutivkomitee sowie dem Staatlichen Plankomitee der Republik Gruzinien. Die Leitung der Vereinigung wird (eher formal) von ihrem Rat (Sowjet), dem neben ihren Leitern Vertreter der zugehörigen Betriebe angehören, ausgeübt, faktisch von einem von dem Rat gewählten »Präsidium«.

Zu den Hauptfunktionen der Vereinigung zählt die Ausarbeitung von Fünf- und Einjahresplänen der eingeschlossenen Betriebe, die Gewährleistung zweigmäßiger, zweigübergreifender und territorialer Proportionen und Verbindungen, die Durchführung einer einheitlichen Investitionspolitik, die Forcierung technologischer Innovationen, die Initiierung von Maßnahmen zur Ressourcenökonomie und zur Reduktion des Produktionsaufwands überhaupt, die Erhöhung der Erzeugung und Erweiterung des Sortiments von Massenbedarfsgütern und die Verbesserung des Dienstleistungsangebots, die Entwicklung und Stärkung der Zusammenarbeit mit den Ministerien und Ämtern der Republik und der Union.

Als ein Grundproblem der Tätigkeit der Vereinigung wird die Koordination der Wirtschaftstätigkeit der Betriebe herausgestellt, die Unionsministerien unterstehen. Hier erweist sich einmal mehr die Zähigkeit der Dominanz der zentralisierten branchenförmigen Leitung. Als Erfolge werden Einfluß auf die rationellere Nutzung der Umlaufmittel der Betriebe, Verbesserung der Beziehungen zwischen Industrie und Handel, der Organisation der gesellschaftlichen Verköstigung (Betriebskantinen z.B.) und der Dienstleistungen genannt.

Der Ansatz von Poti wurde inzwischen auf andere Städte der gruzinischen Sowjetrepublik übertragen. Eine Entschließung des ZK der KPdSU im Dezember 1983 begrüßte die ersten Resultate dieses »Experiments«.

Aus der knappen Skizze ist ersichtlich, daß der in Poti beschrittene Weg zur Lösung eines der endemischen ökonomischen Funktionsprobleme der UdSSR noch wenig mit der unter Gorbacev postulierten perestrojka, zumal nicht mit ihrer Dimension von Demokratisierung, gemein

hat. Im Juli 1986 erging ein erneuter Beschluß der Partei- und Staatsführung »Über Maßnahmen zur weiteren Erhöhung der Rolle und zur Stärkung der Verantwortung der Sowjets der Volksdeputierten für die Beschleunigung der sozialen und ökonomischen Entwicklung im Lichte der Entscheidungen des XXVII. Kongresses der KPdSU.«^{28b} Die hier vorgesehenen Regelungen lassen zumindest Schritte zu, die über den Ansatz von Poti hinaus in die Richtung von Kompetenzverlagerungen nach unten, stärkere Konzentration auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und Aktivierung der örtlichen Sowjetorgane weisen. Wie für das Projekt der »radikalen Umgestaltung« überhaupt, so gilt auch hier, daß die schließlich realisierten Veränderungen nicht von den Beschlußtexten und -intentionen abhängen, sondern davon, wie sich das Kräfteverhältnis zwischen Protagonisten und Gegnern der Reform sowohl im allgemeinen wie in den jeweils für die Umsetzung maßgeblichen sozialen Bereichen, politischen Organen und administrativen Instanzen im besonderen entwickelt. Auch auf dem hier diskutierten Gebiet ist die publizistische Erörterung über den Stand gefaßter Beschlüsse hinaus und konzentriert sich auf die Forderung nach einer Art von Finanzautonomie der Kommunen (z.B. in *Ekonomiceskaja Gazeta* 35-1986, S. 16; 47-1986, S. 6; 52-1986, S. 15/16; 34-1987, S. 13; *Pravda* v. 3.3.87).

Für die Wahlen zu den Räten (Sowjets) ist nunmehr die Aufstellung mehrerer Kandidaten in den Wahlkreisen vorgesehen, bisher aber nur bei Wahlen auf örtlicher Ebene in ausgewählten Regionen »erprobt« worden.

Ende Juni 1987 nahm der Oberste Sowjet ein Gesetz an, das für die Bürger den Rechtsweg bei unrechtmäßigen Entscheidungen und Handlungen von Amtspersonen eröffnet.²⁹ Eine eigene Verwaltungsgerichtsbarkeit ist damit noch nicht geschaffen, das Gesetz gehört aber in eine Reihe beschlossener bzw. beabsichtigter Schritte in Richtung verstärkter Rechtsstaatlichkeit. Zusammen mit diesem Gesetz wurde ein weiteres verabschiedet, das die öffentliche Erörterung wichtiger Fragen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung vorsieht.³⁰ Angekündigt war dieses Gesetz allerdings als eines über »Erörterung und Abstimmung über ...«³¹ In der sowjetischen Presse finden sich keine Hinweise auf die Hintergründe der Abkehr vom vorgesehenen Referendum. Der Gesetzentwurf selbst wurde, im Unterschied zum neuen »Gesetz über den staatlichen Betrieb«, nicht zur öffentlichen Diskussion gestellt.

Der Möglichkeit nach könnte sich im politischen Bereich ein Reformaspekt als erfolgreich erweisen, der bisher allerdings nicht formell sanktioniert ist. Gemeint ist die zumindest mancherorts feststellbare Praxis, autonom gegründete Vereinigungen zur Vertretung bestimmter Forderungen oder Verfolgung gewisser Interessen gewähren zu lassen und auch als Gesprächspartner offizieller Organisationen oder von Behörden zu akzeptieren. Diese Ansätze sind in der bisherigen Reichweite eher bescheiden, stellen für die UdSSR aber ein Novum dar. Am verbreitetsten sind sie bislang in den Bereichen des Umweltschutzes, der Geschichts- und Kulturpflege und der Freizeitbetätigung der Jugend.³²

In diesem *Pravda*-Artikel werden die autonomen Jugendinitiativen von heute in eine Traditionsreihe gestellt: 1960 schon seien, einer Anregung aus der biologischen Fakultät der Moskauer Universität folgend, Jugend-Druzin (Abteilungen) entstanden, die sich außerhalb offizieller Organisationen im Bereich des Naturschutzes engagierten. Der überwiegende Teil der gegenwärtigen »inoffiziellen« Gruppenbildungen, vor allem von Jugendlichen, zielt nicht

auf gesellschaftliche oder gar politische Betätigung ab, sondern auf Hobbypflege: mehr als 100 000 Rockgruppen sollen in der UdSSR existieren. Danach sind Fanclubs und Literaturzirkel am verbreitetsten. In Tallin haben sich 12 autonome Freizeitinitiativen einen Dachverband mit eigener Satzung, Vorstand und Bankkonto geschaffen, dem die Stadtverwaltung auch ein Gebäude zur Renovierung und Nutzung zur Verfügung stellte (vgl. FR vom 20.8.1987). Der Andrang von Jugendlichen in diese Vereinigungen ist enorm. Die Aufnahme politisch orientierter Gruppen lehnen die Sprecher der Talliner Dachvereinigung explizit ab.

Beispiele für autonome Vereinigungen zu gesellschaftlichem Engagement sind Ordnungsgruppen in Pskov und Novosibirsk, von denen die Komsomol'skaja Pravda (17.10.1986) berichtet und die Korruptions-, Unterschlagungs- und ähnliche Fälle aufzudecken beanspruchen. Wie auch bei den breit divergierenden Meinungsäußerungen in den Leserschriften unter der Ägide von »glasnost« ist hier die Grenze zwischen demokratischem Engagement und Ordnungsfanatismus ohne genauere Einsichten schwer zu ziehen. Vermutlich weniger bewußter law-and-order-Gesinnung als angestauter Aggressivität entspringt die Betätigung der »Lubercy«, jugendlicher Schläger aus der Moskauer Vorstadt gleichen Namens, die innerhalb der Hauptstadt Jagd auf Punks und Rockfans machen.

Auch in der westdeutschen Presse fand die wohl vor allem in Moskau und Novosibirsk aktive inoffizielle Vereinigung Pamjat (Gedenken) Resonanz, die sich dem Natur- und Denkmalschutz widmet, vor allem aber nationalistische und antisemitische Propaganda betreibt.

Die sowjetische Presse befaßte sich in jüngerer Zeit wiederholt mit dem Phänomen der autonomen Jugendvereinigungen. Der Akzent ist dabei unterschiedlich, einmal je nach Position der Autoren, zum anderen aber auch abhängig von der Art der Gruppen, von denen die Rede ist. Rockanhänger, Fußballfans und Punks stoßen eher auf Mißtrauen als Naturschützer oder Literaturfreunde und Hobbyforscher. Durchweg werden dem Komsomol Versäumnisse angelastet, mit denen die spontanen Jugendinitiativen gerechtfertigt werden. »Ich meine einfach, die siebenundzwanzigjährige Geschichte der Druzinen-Bewegung sollte zu einer naheliegenden Schlußfolgerung führen: das Schicksal von Initiativen »von unten« sollte nicht von denen abhängen, die im jeweiligen Moment »oben« sind. Nötig ist ein System, bei dem die bessere Sache niemals als »informell« erscheint, aber die Leitenden »formell« sind« schreibt ein wohlmeinender Pravda-Kommentator (30.3.1987, S. 4). Daß es neben der Duldung auch Bestrebungen zu ihrer Einbindung in die offiziellen Verbandstrukturen gibt, muß noch nicht auf eine nur temporäre Praxis verweisen.

Der Entwicklung der *betrieblichen Arbeitsbeziehungen* wird im sowjetischen Reformprozeß vorrangige Bedeutung zugemessen. Dabei stehen drei Merkmale hervor, die in gewisser Weise exemplarisch für perestrojka überhaupt sind: 1. Die Neuerungsansätze reichen vor den Amtsantritt Gorbacevs zurück, in diesem Fall vor allem in das Jahr 1983.³³ 2. Die sich entwickelnde gesellschaftliche Praxis weicht eklatant von den in den Gesetzen und Beschlüssen gebrauchten Begriffen und Formulierungen ab. Es stellen sich Zweifel ein, ob hinter manchen der verwandten Termini überhaupt die Intention steht, die deren Bedeutungsgehalt entspräche. In dem angeführten Gesetz (vgl. Anmerkung 33) z.B. geht es keineswegs um Teilhabe der Arbeitskollektive an der Leitung der Betriebe, sondern um eine Reihe von Informations- und Mitspracherechten. 3. Die in den Gesetzen und Verordnungen vorgesehenen Assoziations-

formen und Organe der Beschäftigten haben insofern instrumentellen Charakter, als ihre Einführung unverkennbar der Intention folgt, die Effizienz der Arbeitsprozesse zu erhöhen. Daß dazu in der sowjetischen Wirtschaft aller Anlaß besteht, hebt die getroffene Feststellung ebenso wenig auf wie ein Verweis darauf, daß sich die rechtlich sanktionierten Assoziationsformen durchaus in Richtung einer partizipatorischen Praxis entwickeln können. Hinter der erneuten Propagierung und Forcierung der Arbeitsbrigaden steht z.B. deutlich die Erkenntnis, daß die dringend notwendige Ressourcenökonomie (daneben aber durchaus auch andere Momente der Arbeitsorganisation) in überschaubaren Produktionseinheiten, deren Aufwand leichter kontrollierbar ist, zugleich aber an das materielle Eigeninteresse gebunden werden kann, wirksamer zu gewährleisten ist als auf der Ebene des Betriebs.

Seit Gorbacevs nachdrücklichem Eintreten für Demokratisierung wird die Zielrichtung der Entwicklung der Arbeitsbeziehungen (und der politischen Beziehungen überhaupt) mit »sozialistische Selbstverwaltung« gekennzeichnet. Dieses Ziel findet seine Begründung oft in einem Argumentationszusammenhang wie diesem:

»Eine Hauptfrage der Theorie und Praxis des Sozialismus ist, wie auf sozialistischer Grundlage wirksamere Stimuli des ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und sozialen Fortschritts als im Kapitalismus geschaffen werden können ... Den Schlüssel für die Erzeugung wirksamer Stimuli zur Erhöhung der Effektivität der Produktion sehen wir darin, dem arbeitenden Menschen die Stellung eines wirklichen Wirts (oder Besitzers, Herren = chozjain, H.C.) zu sichern, an seinem Arbeitsplatz, im Kollektiv und in der ganzen Gesellschaft«³⁴.

Auf eine veränderte rechtliche Grundlage wurden die betrieblichen Arbeitsbeziehungen mit dem vom Juni-Plenum des ZK gebilligten und kurz darauf vom Obersten Sowjet verabschiedeten »Gesetz über den staatlichen Betrieb (die Vereinigung)«³⁵ gebracht. Im Februar war der Entwurf des Gesetzes publiziert und zur öffentlichen Diskussion gestellt worden. Auch im Zusammenhang der Wirtschaftsreform von 1965 war eine neue »Grundordnung des sozialistischen staatlichen Produktionsbetriebs«³⁶ ergangen, im Vergleich zu der die Arbeitsbeziehungen und vor allem die betriebliche Sozialpolitik im neuen Gesetzentwurf zwar eingehender, im Gehalt jedoch nicht wesentlich weitreichender normiert wurden.

Neben geänderten Details brachte der Entwurf zwei Neuerungen. Ob die erste, die Wählbarkeit von Meistern, Abteilungschefs und Direktoren die Stellung der Arbeiter und Angestellten im betrieblichen Sozialgefüge spürbar zu stärken vermag, muß sich erweisen, kann zunächst aber (u.a. aufgrund der Erfahrungen in Jugoslawien) bezweifelt werden. Die zweite Neuerung besteht in einem zusätzlichen Vertretungsorgan der Beschäftigten, dem »Rat des Arbeitskollektivs« (Artikel 7). Dieser Rat nimmt die Kompetenzen der Hauptversammlung des Arbeitskollektivs zwischen deren Zusammenkünften wahr. Wie in der Betriebsverordnung von 1965 und in anderen Arbeitsgesetzen³⁷ sind im Entwurf, mit gewisser Ausnahme bei Fragen der betrieblichen Sozialeinrichtungen und -politik, die Rechte des neuen Organs in ihrer Reichweite wenig präzise bestimmt (... nimmt Berichte entgegen, ... bestätigt zusammen mit ..., erwägt Fragen, ... erörtert Fragen). Dabei ist zu beachten, daß die verschiedenen Beteiligungsorgane der Arbeitskollektive in der sowjetischen Gesetzgebung bislang ohnehin nicht als Institute geregelter Geltendmachung allgemeiner oder gruppenspezifischer Beschäftigteninteressen und -forderungen verstanden wurden, sondern als Formen korporativer (die Vertretung aller pro-

fessionalen und Statusgruppen ist normiert) Beteiligung an der Lösung betrieblicher Probleme und Aufgaben.

Die Endfassung des Betriebsgesetzes weist nun jedoch eine ganze Reihe zumindest nominell relevanter Änderungen des Entwurfs auf, nicht zuletzt im hier erörterten Zusammenhang. Z.B. wurde im Artikel über den Rat des Arbeitskollektivs »erörtert« durch »entschiedet« ersetzt, der Umkreis der Kompetenzen erweitert, die offene Wahl des Rats durch »geheime oder offene« ersetzt, die Vertretung der Verwaltung im Rat auf ein Viertel der Mitglieder begrenzt und die Angehörigen des Rats vor Versetzungen oder anderen Disziplinarmaßnahmen geschützt.

Von Belang sind diese und andere Änderungen des Gesetzentwurfs zunächst als Ausdruck des Reformverständnisses der derzeitigen politischen Führung. Was sie für die soziale Praxis bedeuten, hängt von der Dynamik des Reformprozesses im ganzen, vor allem aber davon ab, in welchem Maße sich die Arbeiter und Angestellten zu engagieren beginnen und die ihnen legal eingeräumten Rechte praktisch reklamieren und ausnutzen.

Den Zusammenhang der von den Reformprotagonisten intendierten Veränderung der betrieblichen Arbeitsbeziehungen mit den ökonomischen Kernzielen der Reform habe ich mit dem Verweis auf den instrumentellen Charakter der in der erstgenannten Absicht eingeleiteten Schritte angedeutet. Daß deren »latente Funktion« sich im Reformprozeß als Moment realer Demokratisierung durchsetzen kann, ist keineswegs auszuschließen.

Die sowjetischen Reformer streben, nimmt man Gorbacev als ihren Kronzeugen, eine *veränderte Gesellschaft* an. Im Bezug auf dieses Ziel ist eine schlüssige, konkretisierte und kohärente Konzeption allerdings nicht auszumachen. Würden die verschiedenen beschlossenen, eingeleiteten und die beabsichtigten Neuerungsschritte realisiert, wäre das Ergebnis gleichwohl eine veränderte sowjetische Gesellschaft. Es käme sowohl als beabsichtigtes durch bestimmte Einzelmaßnahmen wie auch als nicht primär oder gar nicht intendiertes infolge der faktischen Wirkung anders motivierter Reformelemente zustande.

Die gewollten gesellschaftlichen Veränderungen beziehen sich zunächst weniger auf das Klassen- und Schichtengefüge, als vielmehr darauf,

»... eine neue moralisch-politische Atmosphäre in der Gesellschaft zu schaffen. Eine Atmosphäre des Schaffens, der Suche, realistischer Bewertung der Wirklichkeit, des kompromißlosen Kampfes gegen alles, was das Leben behindert.«³⁸

Auch bei diesem Teilziel von perestrojka ist der Zusammenhang mit dem Kernmotiv der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unverkennbar. Er kommt in der Wiederentdeckung und nunmehr geradezu kampagneartigen Beschwörung des »menschlichen Faktors« zum Ausdruck. Was – kurz formuliert – erreicht werden soll, sind Verhaltensdispositionen wie »intrinsisches« Arbeitsinteresse, Leistungsorientierung, Initiative, Verantwortungsbereitschaft, Flexibilität, Kreativität. Überwunden werden sollen nicht nur Gleichgültigkeit gegenüber Arbeitsinhalten, -mitteln und -resultaten, gegenüber dem Arbeitskollektiv, der Hausgemeinschaft und der Gesellschaft, privatistischer Rückzug, Passivität und fatalistische Grundeinstellung, sondern auch Selbstgenügsamkeit, Anspruchslosigkeit und egalitäre Orientierung.

Die Maßnahmen, die auf die Herausbildung eines Persönlichkeitstypus zielen, der in der russischen (bewußt nicht: sowjetischen) Gesellschaft immer schon eher Ausnahme als Regel war, lassen sich grob zusammenfassen in solche der

- Ausschaltung bzw. der Überwindung von zur Regel gewordenen Formen normenverletzenden Verhaltens;
- Anhebung der allgemeinen Lebensbedingungen auf ein Niveau, bei dem die physischen, kognitiven und emotionalen Potenzen der Menschen nicht mehr vorrangig absorbiert werden von den Anforderungen der Beschaffung des Notwendigsten;
- Eröffnung von Chancen für einen sich über den gesellschaftlichen Durchschnitt erhebenden materiellen Wohlstand sowie zur Befriedigung »höherer« immaterieller (kultureller, sozialer, intellektueller etc.) Bedürfnisse.

Einige der so motivierten Beschlüsse und Maßnahmen wurden schon unter Gorbacevs Vorgänger im Amte des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, J. Andropov, verkündet. Dazu zählt aus der ersten der oben unterschiedenen Gruppen der Beschluß »Über die Verstärkung der Arbeit zur Kräftigung der sozialistischen Arbeitsdisziplin« vom August 1983.³⁹ Unter Gorbacev kamen hinzu die entsprechende Kampagnen auslösenden Beschlüsse gegen Alkoholmißbrauch (Mai 1985), gegen Formen der Manipulation von Wirtschaftsresultaten (»Zuschreibungen«), gegen »nichterarbeitete Einkommen« (Mai 1986). Im Verlauf dieser Bestrebungen zur Aufdeckung und Überwindung normwidrigen Verhaltens wurden Korruptionsfälle in großer Zahl und von beträchtlichem Ausmaß in den verschiedensten Bereichen, in der Wirtschaft, der staatlichen Verwaltung, in Instituten, Hochschulen und auch beim Militär nachgewiesen und hohe Strafen verhängt.

Zur Realisierung der zweiten Absicht ergingen zahlreiche Beschlüsse: zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion, zur Verbesserung von Sortimenten und Qualität von Verbrauchsgütern, zum Ausbau des Dienstleistungssektors, zur Anhebung verschiedener Sozialleistungen (Kindergeld, Renten, Stipendien), zur Beschleunigung des öffentlichen und zur Förderung des genossenschaftlichen und privaten Wohnungsbaus. Als eine der Konsequenzen von »glasnost« wurden im Zusammenhang angekündigter Verbesserungsmaßnahmen Einblicke in unzureichende, z.T. schlimme Situationen auch in solchen Bereichen eröffnet, die bislang selbst notorische Sowjetkritiker als positive Ausnahme gelten ließen: Gesundheitswesen, Vorschulrichtungen und Ausbildungssektor.

Zu den Schritten in Richtung des dritten unterschiedenen Aspekts gesellschaftlicher Änderungsabsichten gehören verschiedene Regelungen, die auf Einkommensdifferenzierungen hinauslaufen. Im Interesse hoher Arbeitsleistungen und -resultate werden dabei Löhne, Gehälter und Prämien in einer in Anbetracht der bislang vorherrschenden Egalität beträchtlichen Höhe legitimiert. So führte z.B. Gorbacev in seiner Rede vor dem Juni-Plenum des ZK mit offenkundigem Wohlgefallen Beispiele von Kolchosbäuerinnen und -bauern an, die durch die jetzt propagierte Form des »Familienvertrags«⁴⁰ erstaunliche Leistungen erbrachten und Einkommen erzielten, die drei- bis viermal über dem Durchschnitt liegen. In die Richtung erweiterter sozialer Differenzierung weisen auch – vorab erst – Erwägungen, in der Absicht der Auflösung hoher Spareinlagen Möglichkeiten zum käuflichen Erwerb von Wohnungen und u.U. Luxuserzeugnissen zu eröffnen.

Die Ambivalenz der – unvollständig – genannten Reformelemente unter gesellschaftspolitischen und sozialetischen Aspekten braucht nicht nachgewiesen und kann hier nicht diskutiert werden. Zur Frage nach den Erfolgsaussichten im Sinne des bestimmenden Motivs veränderter sozialer Wertorientierung und Verhaltensdispositionen sei knapp zu bedenken gegeben:

- die vom Blickpunkt der angestrebten allseitigen ökonomischen und sozialen Aktivierung kritisierten Einstellungsmuster und Verhaltensmerkmale sind offenkundig vor allem im russischen Teil der sowjetischen Bevölkerung historisch, soziokulturell und psychosozial tief verwurzelt und dürften kaum rasch veränderbar sein;
- in Anbetracht der notorischen Diskrepanz zwischen Beschlüssen und ihrer Realisierung in der UdSSR steht die Durchsetzung auch der in diesem Kontext relevanten Maßnahmen durchaus in Frage;
- die entsprechenden Ansätze sind im einzelnen z.T. sachlich unzureichend fundiert und sie widersprechen sich zuweilen; wenn nicht »logisch«, so doch in der realen gesellschaftlichen Wirkung (so etwa, wie der sowjetischen Tagespresse immer wieder zu entnehmen ist, Legitimierung hoher Einkünfte und privater Wirtschaftstätigkeit versus Kampagne gegen nichterarbeitete Einkommen).

Die Erfolgsaussichten des hier diskutierten Reformbereichs sind mithin eher skeptisch einzuschätzen. Bei aller notwendigen Abwägung des Für und Wider und im Bewußtsein der ange deuteten Ambivalenz muß m.E. aber letztlich die Berechtigung auch dieses Reformmotivs anerkannt werden.

Politik und Ökonomie im Reformprozeß

Abschließend soll die Bedeutung politischer und sozialer Faktoren für die Durchsetzung und den Erfolg der sowjetischen Reformkonzeption kursorisch erörtert werden. Gorbacev hebt immer wieder in realistischer Einschätzung hervor, man stehe noch ganz am Beginn der perestrojka. Es ist unverkennbar, daß in dem Maße, in dem der Reformprozeß tatsächlich konsequent vorangetrieben wird, die sozialen Positionen, Interessen und Verhaltensgewohnheiten so gut wie aller Schichten und Gruppen der Bevölkerung tangiert werden. In je unterschiedlicher Weise verteilen sich dabei Zumutungen und Chancen. Für Angehörige der allgemeinen und der Wirtschaftsadministration sowie für die unteren und mittleren Parteikader überwiegen zunächst einmal die ersteren; für Berufsgruppen wie z.B. Journalisten und Künstler eher die letzteren. »Zumutungen« könnten sich für zahlreiche Gruppen von Arbeitern und Angestellten in Form von erzwungenem Arbeitsplatzwechsel und absoluten oder relativen Einkommenseinbußen ergeben. Letztere werden aus den intensiv propagierten Möglichkeiten der Erzielung deutlich erhöhter Löhne und Prämien für bestimmte Berufs- und Funktionsgruppen bzw. für bestimmte Spitzenleistungen von Einzelnen oder Kollektiven resultieren. Anders als in kapitalistischen, aber auch als in den meisten osteuropäischen Gesellschaften außerhalb der UdSSR ist innerhalb dieser, vor allem in der slawischen Bevölkerung, soziale Egalität als gesellschaftliche Norm weithin ungebrochen. Auch daraus erklärt sich die seit geraumer Zeit in der Sowjetunion offenbar »von oben« forcierte Diskussion über soziale Gerechtigkeit. Die offiziöse Position, die manche Autorinnen und Autoren vertreten, lautet schlicht, gerechte Entlohnung (bzw. überhaupt gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand) sei die, die der eigenen Leistung, dem eigenen Beitrag zur Schaffung des Wohlstands entspreche. Eine Art Standard-Lebensniveau wollen die einen Autoren in gehobenerer, die anderen in reduzierterer Weise gesichert sehen. Gelegentlich melden sich auch Verteidiger der sozialen Egalität zu Wort.

Angekündigt, allerdings noch nicht in Einzelheiten mitgeteilt, wurde eine umfassende Preisreform, in die die weitgehende Aufhebung der verschiedenen Subventionen für Massenbe-

darfsgüter, vor allem für Nahrungsmittel (ca. 80 Mrd. Rubel) eingeschlossen sein soll. Daß komplementär dazu eine Einkommensreform und soziale Ausgleichsmaßnahmen unerlässlich sind, wird anerkannt. Dennoch ist fraglich, ob dieser im Prinzip ökonomisch notwendige Schritt im Rahmen der »radikalen Reform« des Planungs- und Leitungssystems nicht soziale Gruppen als Verlierer zurücklassen wird.

In diesem Zusammenhang wird in und außerhalb der UdSSR immer wieder die Frage aufgeworfen, welche sozialen Schichten und Gruppen der politischen und gesellschaftlichen Hierarchie die Reformpolitik wirklich unterstützen. Natürlich sind verallgemeinernde Antworten problematisch, vor allem ohne unmittelbare Kenntnis der politisch gesellschaftlichen Orientierungen dieser unterschiedlichen Gruppierungen der sowjetischen Gesellschaft. Nach Informationen, die der sowjetischen Presse zu entnehmen sind und nach der Einschätzung von insidern überwiegt jedoch Skepsis.

Der besonderen Ausformung der politischen und gesellschaftlichen Machtverteilung in der UdSSR folgend, sind die Möglichkeiten der verschiedenen Schichten und Gruppen, den Reformkurs bremsend oder unterstützend zu beeinflussen, ungleich verteilt. Sie sind, grob unterschieden, am größten innerhalb der politischen Führung (vom ZK und dem Ministerrat an aufwärts); sie sind beträchtlich für die Inhaber administrativer Leitungspositionen und bei den mittleren und unteren Parteikadern. Die subalternen Schichten haben zwar kaum unmittelbaren Einfluß auf die Festlegung der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Grundrichtung durch die politische Elite, dennoch ist ihr Verhalten, selbst in Formen naturwüchsig gleichgerichteter Reaktion, relevant für Erfolg oder Scheitern.

Die Reserve, auf die Gorbacevs dem Januar-Plenum 1987 unterbreitetes Konzept der Erneuerung der Parteikader und der Prozeduren innerparteilicher Willensbildung stieß, zeigt an, daß die Reformprotagonisten über keinen vorbehaltlosen Rückhalt innerhalb der politischen Führung verfügen. Plausibel ist die Annahme, die Stärke Gorbacevs und seiner Gefolgsleute liege im Fehlen personeller, vor allem aber sachlich-konzeptioneller Alternativen zur Reformpolitik. Die Angehörigen der politischen Führung verfügen über die zuverlässigsten Informationen über die ökonomische und gesellschaftliche Situation des Landes, und da Fortschritte gerade in diesen Bereichen Hauptkriterien ihrer Eigen- und Fremdlegitimation sind, ist Stagnation unannehmbar. In seiner Rede auf dem Juni-Plenum demonstrierte Gorbacev Selbstsicherheit, als er nicht nur zahlreiche Minister kritisierte (was nicht ungewöhnlich ist), sondern auch den Präsidenten von Gosplan (Politbüro-Kandidat Talysin), den Vorsitzenden des neu geschaffenen »Büros für Maschinenbau beim Ministerrat«, ZK-Abteilungen und den 1. Sekretär des ZK der KP einer Unionsrepublik.⁴¹ Jedoch verfügen die konsequenten Reformer nicht über unbeschränkte Handlungsvollmacht und, wie Gorbacev immer wieder betont, der eigentliche Umschwung steht noch bevor. Das gilt für die ökonomischen wie für die politischen Strukturen und Funktionsweisen; der wirkliche »Umbau« der ersteren setzt aber die Durchbrechung der letzteren voraus.

Es geht dabei vor allem um fundamentale Änderungen von Struktur, Funktion und Arbeitsweise der oberen und mittleren Organe der Wirtschaftsverwaltung. Dem stehen im übrigen auch schwerwiegende sachliche Probleme, wie Erfahrungsmangel, konzeptionelle Leerstellen und Qualifikationsdefizite bei fehlenden »Kaderreserven« entgegen. Vor allem aber ist von

dieser zweiten der oben unterschiedenen Machtebenen mit fast geschlossenem Widerstand zu rechnen. Die Chancen, diesen *ohne* wirkliche Ge- und Entschlossenheit der politischen Führung zu brechen, sind prekär.

Zu der auf Überwindung politischer und gesellschaftlicher Widerstände dieser Art gerichteten Taktik der Reformen gehört Gorbacevs verstärkt demonstrierte populistische Attitüde. Für diese sei ein Beispiel aus seiner Rede vor leitenden Medienmitarbeitern Juli '87 zitiert:

»So, wie wir in den letzten Jahren gehandelt haben, bedeutete es, das Volk aus der Politik herauszuhalten. Das ist Mißachtung des Volkes. Das ist eine Art von Elitarismus. Jetzt müssen wir es durch den Demokratisierungsprozeß auf seinen Platz stellen. Es gibt eine entscheidende Kraft – das Volk. Es bringt die Kader hervor, die Führer, Leiter Literaten ... Aus dem Volk kommt alles und ins Volk kommt es zurück.«⁴²

Zu den widersprüchlichen Bedingungen der Reform zählt, daß die beabsichtigten strukturellen und funktionalen Veränderungen auf Ziele gerichtet sind, die zugleich schon Voraussetzungen ihrer Durchsetzbarkeit bilden. So soll ein grundlegend veränderter »Wirtschaftsmechanismus« die substantielle Erhöhung des materiellen Lebensstandards der Bevölkerung ermöglichen. Ob Gorbacevs populistische Beschwörungen jedoch mehr als wohlwollende Zurückhaltung bewirken, wenn auf dem genannten Gebiet nicht schon bald im Verlauf des längerfristigen Reformprozesses spürbare Besserungen einreten, ist zu bezweifeln. Dafür zeugt u.a. der oft verbitterte, skeptische und nicht selten zynische Tenor von Leserbriefen (vor allem in bezug auf die Wohnungsmisere).

Die enttäuschenden Wirtschaftsresultate im ersten Halbjahr 1987 mögen dazu beigetragen haben, daß Gorbacev auf dem Juni-Plenum das *Anlaufen* des reformierten Wirtschaftsmechanismus auf den 13. FJPI (d.h. ab 1991) verlegte. Substantielle Resultate sollten mithin gar nicht früher eingefordert werden. Zur politischen Überbrückung der wahrscheinlichen ökonomischen Durststrecke haben die Reformen eine geschickte Taktik entwickelt: Die ZK-Plenen und andere Ereignisse (wie der 70. Jahrestag der Oktoberrevolution und die von Gorbacev durchgesetzte Parteikonferenz im Juni 1988) werden in der öffentlichen Präsentation quasi zu Mini-Parteikongressen aufgewertet, auf denen Rechenschaft über den Reformablauf gegeben, neue Reformschritte begründet und erläutert, Etappenziele festgelegt und vor allem Rückstände kritisiert, Obstruktionen bezeichnet und die Verantwortlichen identifiziert werden. Im Zusammenwirken von »glasnost«, Vertrauensbekundungen an die arbeitende Bevölkerung, Ausschaltung der Widerstrebenden und Unfähigen und spürbaren Ansätzen wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegs soll der Reformprozeß gesichert werden.

(Das Manuskript wurde im August 1987 abgeschlossen.)

Anmerkungen

- 1 Beschluß des ZK der KPdSU und des Ministerrates der UdSSR vom 30.9.1965: »Ob ulucsenii upravlenija promyslennostju« (»Über die Verbesserung der Leitung der Industrie«) und Beschluß vom 4.10.1965 »O soversenstvovanii planirovanija u usilenii ekonomiceskogo stimulirovaja promyslennogo proizvodstva« (»Über die Vervollkommnung der Planung und die Stärkung der ökonomischen Stimulierung der Industrieproduktion«, in Resenija partii i pravitel'stva po chozjajstvennym voprosam 1917-1967 gg., tom 5 Moskva 1968, 646-685.
- 2 Z.B.: Bush (1974), Ellman (1984), Höhman/Sand (1972), Höhmann (1974), Katz (1972), Keizer (1971), Kushnirski (1984), Ryavec (1975), Schroeder (1972 und 1979), Zaleski (1967).
- 3 Dazu zählen der verstärkte Nachfrageüberhang infolge von Lohnerhöhungen, die das Wachstum von Produktion und Produktivität übertrafen, Preissteigerung im Produktionsgüterbereich infolge mißbräuchlicher Anwendung von Reformmodalitäten zur Stimulierung von Produktinnovationen (Höhmann/Sand 1972, 36/37), Rückgang der Zuwachsraten der Produktion im Zuge der Erweiterung des Anwendungsbereichs der Reformmodi, weil zunächst die leistungsstärksten Bereiche und Betriebe umgestellt wurden (Höhmann 1974, 28).
- 4 Sowjetische Autoren beschränken sich im Kontext der Erörterung von Problemen der gegenwärtigen Reform auf die Feststellung des Scheiterns des Ansatzes von 1965. Allenfalls wird den Instanzen der Wirtschaftsverwaltung offen oder verdeckt die Hauptverantwortung dafür zugeschrieben. Das Fehlen einer systematischen Analyse der Reformprozesse nach 1965 konstatiert u.a. Lácis (1986, 33).
- 5 Beschluß des ZK der KPdSU und des Ministerrats der UdSSR vom 14.7.1983: »O dopolnistel'nych merach po rassireniju prav proizvodstvennych ob''eginij (predprijatij) promyslennosti v planirovanii i chozjajstvennoj gejal'e'nosti i po usileniju ich otvetstennosti za rezul'taty raboty'« (»Über ergänzende Maßnahmen zur Erweiterung der Rechte der Produktionsvereinigungen (Betriebe) der Industrie bei der Planung und Wirtschaftstätigkeit und zur Stärkung ihrer Verantwortung für die Arbeitsresultate«, in: Sobranie postanovlenij pravitel'stva Sojuza Sovetsich Socialisticskich Respublik, Otdel pervyj, No. 20/1983, S. 339-348.
- 6 XXI. Parteitag der KPdSU: N.S. Chruschtschow: Über die Kontrollziffern für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren 1959-1965, Berlin (DDR) 1959, 72/73.
- 7 N. Chruschtschow: Rechenschaftsbericht an die Partei und das Volk (XXII: Parteitag der KPdSU, Oktober 1961), Moskau 1961, 65-71.
- 8 XXIII. Parteitag der KPdSU, Presseagentur Nowosti o.J., 72-88.
- 9 Z.B.: im 10. FJPI (1976-80) sollte die Industrieproduktion um 35-39% steigen (Dokumente zum XXV. Parteitag der KPdSU, Moskau 1976, 208); erreicht wurde eine Steigerung von 24% (=4,4% jahresdurchschnittlich). Für den 11. FJPI (1981-85) sind die entsprechenden Daten 26-28% und 19,9% (3,7% jahresdurchschnittlich). Die im Kontext der neuen Reformdebatte auch in der SU artikulierten Zweifel an Aussagekraft und Zuverlässigkeit der sowjetischen Statistik lassen begründet geringere Resultate vermuten.
- 10 Ekonomiceskaja Gazeta (Wirtschaftszeitung) Moskau, Nr. 8-1987, 11.
- 11 Sidorov (1986) Tabelle 1, S. 33.
- 12 EKO = Ekonomika i organizacija promyslennogo proizvodstva (Ökonomie und Organisation der Industrieproduktion, Monatszeitschrift, Novosibirsk) No. 2-1987, 126.
- 13 Das gilt jedenfalls auf der hier eingeführten abstrakt-analytischen Ebene. Auf der der sozialen und ökonomischen Realität gibt es Abhängigkeiten und Wechselbeziehungen zwischen material und formal rationalen gesellschaftlichen Struktur- und Handlungsformen.
- 14 Etwa in dem Sinne, daß jene Produktionsbedingungen, die der »... menschlichen Natur (am) würdigsten und adäquatesten ...« sind (MEW 25, 828), den Vorrang vor den rationellsten im Sinne abstrakter Zeitökonomie erhalten.
- 15 Die Fragwürdigkeit der Kategorie »Modernisierung« liegt vorab in der inhärenten Abstraktion von allen gesellschaftlichen Formunterschieden bzw. in der Verabsolutierung der Verhältnisse der entwickelten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften. Deren globale Prädominanz ist allerdings empirischer Sachverhalt, was noch nicht heißt, daß dieser nicht in Frage zu stellen ist. Ich verwende den

- Begriff hier, weil er im Sinne des gängigen Bedeutungsgehalts als Motiv der sowjetischen Reformen eindeutiger nachweisbar ist als »mehr Sozialismus« (Gorbacev) im Verständnis des westlichen Marxismus.
- 16 Es versteht sich, daß die hier unvermeidbare Raumbegrenzung eine umfassende, eingehende und differenzierende Darstellung und Erörterung nicht zuläßt.
 - 17 Die häufige Berufung auf Gorbacev fordert die Kritik personalisierender Sichtweise heraus. Dieser Eindruck ist schwer vermeidbar, weil andere Repräsentanten der politischen Führung viel seltener zu Kernfragen der Reform Stellung nehmen (oder die sowjetische Presse ihre Äußerungen seltener dokumentiert). Daß Gorbacevs Verständnis der sozioökonomischen und politischen Probleme des Landes und ihrer Ursachen vermutlich stark von Beratern beeinflusst wird, sollte bedacht, muß aber nicht ausdrücklich betont werden. Aus dem genannten Grund ist jedoch auch nicht nachweisbar, wie weit selbst der reformorientierte Flügel der Führung die Positionen Gorbacevs teilt, so daß sein Name im Text nicht ohne weiteres z.B. durch »die Reformen« ersetzt werden kann.
 - 18 »Wenn wir von Umbau und den damit verbundenen Prozessen tiefgreifender Demokratisierung der Gesellschaft sprechen, haben wir eine wirklich revolutionäre und allseitige Umbildung der Gesellschaft im Auge.« Gorbacev, Rede auf Januar-Plenum der KPdSU 1987, nach: *Ekonomiceskaja Gazeta*, 6-1987, S. 4.
 - 19 Ebenda.
 - 20 Z.B. *Pravda* vom 5.1.1987, S. 1 u. 3.
 - 21 Gorbacev auf einer Versammlung mit leitenden Medienmitarbeitern im ZK im Februar d.J., Kurzprotokoll in: *Kommunist*, Moskau No. 4-1987, S. 20-27, hier: S. 22.
 - 22 »Genossen, das Politbüro ist überzeugt, daß »glasnost« ein normaler Zustand der Gesellschaft ist. Wenn es ihn nicht gibt, wird bei uns nichts entstehen. Von »glasnost«, Kritik und Selbstkritik, durchdringender Sorge über das Schicksal unserer Gesellschaft hängt direkt das Wohlergehen und die moralische Atmosphäre der Gesellschaft ab.« Gorbacev auf einer Versammlung mit Chefredakteuren im ZK im Juli 1987, nach: *Pravda* vom 15.7., S. 2.
 - 23 Juni-Plenum des ZK 1987, *Ekonomiceskaja Gazeta* 27/87, S. 3.
 - 24 Januar-Plenum des ZK 1987, *Ekonomiceskaja Gazeta* 6/87, S. 4.
 - 25 Ebenda, S. 9.
 - 26 Ebenda, S. 7.
 - 27 Im Abschnitt II Punkt 5 und im Abschnitt III Punkt 4, ebenda, S. 2 u. 12.
 - 28 Beschluß des ZK der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets und des Ministerrates der UdSSR: »Über Maßnahmen zur weiteren Erhöhung der Rolle und die Stärkung der Verantwortung der Räte der Volksdeputierten für die Beschleunigung der sozial-ökonomischen Entwicklung im Lichte der Entscheidungen des XXVII. Kongresses der KPdSU«, in: *Sobranie postanowlenij ...*, 27-1986, St. 151, S. 467-485.
 - 28a Die Darstellung folgt: Makasov, I.H.: *Mestnye Sovety i chozjajstvovanie*, in *Sovetkoe gosudarstvo i pravo*, No. 6-1987, 38-44.
 - 28b In: *Sobranie postanowlenij pravitel'stva SSSR, Otdel pervyj*, No. 27-1986, S. 467-85.
 - 29 »Zur Beschwerdeordnung in Fällen unrechtmäßiger Handlungen von Amtspersonen, die die Rechte der Bürger verletzen«, *Pravda*, 2.7.87.
 - 30 »Über die gesellschaftliche (wörtlich: gesamtvolkliche, H.C.) Erörterung wichtiger Probleme des staatlichen Lebens«, ebenda.
 - 31 *Sobranie postanowlenij ...*, Nr. 31-1986, St. 162, S. 555.
 - 32 Z.B.: »Wer seid ihr denn? Politische Anmerkungen über die Ursachen der Erscheinung und des Schicksals einiger Interessenvereinigungen von Jugendlichen«, in: *Pravda*, 30.3.1987, S. 4.
 - 33 Gesetz der UdSSR vom 17.6.1983: »Über die Arbeitskollektive und die Erhöhung ihrer Rolle bei der Leitung der Betriebe, Institutionen und Organisationen«, in *Sobranie postanowlenij...*, 15/1983, St. 78, S. 259-271; deutsch in: *Jahrbuch für Ostrecht* 1984, S. 323-335. - Beschluß des Ministerrates der UdSSR und des Zentralrats der Gewerkschaften: »Über Maßnahmen zur weiteren Entwicklung und Erhöhung der Effektivität der Brigadeform der Organisation und Simulierung der Arbeit in der Industrie«, in: *Resenija partii i pravitel'stvo po chozjajstvennym voprosam* (Entscheidungen der Partei und der Regierung zu Wirtschaftsfragen), Moskau 1985, S. 284-289.

- 34 Gorbacev, Rede auf dem Juni-Plenum 1987, *Ekonomiceskaja Gazeta* 27-1987, S. 6
- 35 Entwurf des Gesetzes in: *Ekonomiceskaja Gazeta* 8-1987, S. 4-9; Endfassung in *Ekonomiceskaja Gazeta* 28-1987, S. 10-15
- 36 Deutsch in: *osteuropa-wirtschaft*, 1965, S. 287-307
- 37 Z.B.: »Grundordnung der Ständigen Produktionsberatung« vom 18. Juni 1973, deutsch in: Meyer (1976) 193-200
- 38 Gorbacev auf dem Juni-Plenum des ZK 1987, *Ekonomiceskaja Gazeta* 27-1987, S. 5
- 39 Pravda vom 7.8.1983. Im folgenden wird auf weitere einzelne Quellennachweise verzichtet, um die Zahl der Anmerkungen zu begrenzen.
- 40 Bauernfamilien übernehmen dabei bestimmte Aufgaben in eigene Verantwortung, wie z.B. die Aufzucht von Ferkeln oder Kälbern. Sie vereinbaren mit dem Kolchos ein bestimmtes Entgelt für die Erzielung eines bestimmten Durchschnittsgewichts. Wird dieses übertroffen, erhöht sich der vereinbarte Betrag beträchtlich.
- 41 *Ekonomiceskaja Gazeta*, 27-1987, S. 3
- 42 Pravda vom 15.7.1987, S. 2

Literatur

- Amann, R. u. Cooper, J. (Eds) (1982): *Industrial Innovation in the Soviet Union*, New Haven-London
- Amann, R. u. Cooper, J. (Eds) (1986): *Technical Progress and Soviet Economic Development*, Oxford
- Amot, B. (1981): Soviet Labour Productivity and the Failure of the Shchekino Experiment, in: *Critique*, No. 15, 31-56
- Berliner, J.S. (1983): Managing the USSR Economy: Alternative Models, in: *Problems of Communism*, No. 1, 40-56
- Bialer, S. (1986): *The Soviet Paradox. External Expansion, Internal Decline*, London
- Brus, W. (1985): Wirtschaftsreformen in der Sowjetunion, in: *Europäische Rundschau*, Wien, No. 1, 15-36
- Bush, K. (1970): *The Implementation of the Soviet Economic Reform*, Part I, *Osteuropa-Wirtschaft*, No. 2, 67-90, Part II, No. 3, 190-198
- Conert, H. (1985): Wirtschaftsexperimente in der Sowjetunion - Umriss einer ökonomischen Strategie? in: *Aus politik und zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung das Parlament*, B 46-47 v. 16. November, S. 3-18
- Dyker, D.A. (1981): Decentralization and the Command Principle - Some Lessons from Soviet Experience, in: *Journal of Comparative Economics*, Vol. 5, 121-148
- Ellmann, M. (1984) Seven Theses on Kosyginism, in: ders.: *Collectivisation, Convergence and Capitalism. Political Economy in a Divided World*, London etc., S. 75-96 (ursprünglich 1977)
- Höhmman, H.-H. u. Sand, H.B. (1972): Ergebnisse und Probleme der sowjetischen Wirtschaftsreform, in: Höhmman, Kaser, Thalheim (Hg.): *Die Wirtschaftsordnungen Osteuropas im Wandel*, Band 1, Freiburg, 11-63
- Höhmman, H.-H. (1974): *Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsreform in der Sowjetunion*, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, 49/74
- Hill, R.J. (1986): Soviet Political Development and the Culture of the Apparatchiki, in: *Studies in Comparative Communism*, Vol XIX, No. 1, 25-39
- Kaspi, G. (1983): *Organizirovannaja bezchozajstvennost'*, Tel Aviv
- Katz, A. (1972): *The Politics of Economic Reform in the Soviet Union*, New York, Washington, London
- Keizer, W. (1971): *The Soviet Quest for Economic Rationality. The Conflict of Economic and Political Aims in the Soviet Economy 1953-1968*, Rotterdam
- Kushnirsky, F.J. (1984): The Limits of Soviet Economic Reform, in: *Problems of Communism*, No. 4, 33-43

- Lacis, O. (1986): Po-novomu vzgljanut'... (In neuer Sicht ...), in: *Kommunist*, Moskau, No. 13, 32-41
- Lieberman, J. (1962): Plan, pribyl', premija, in: *Pravda* vom 9.9.; deutsch in: »Ostprobleme« vom 19.10., 661-664
- Meyer, G. (1976): *Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR*. Ein Quellenband, Köln
- Nove, A. (1984): *An Economic History of the U.S.S.R.*, Harmondsworth
- Ryavec, K.W. (1975): *Implementation of Soviet Economic Reforms*. Political Organizational and Social Process, New York, Washington, London
- Schroeder, G.E. (1971): Soviet Economic Reform at an Impasse, in: *Problems of Communism*, No. 4, 36-73
- Schroeder, G.E. (1979): *The Soviet Economy on a Treadmill of »Reforms«*, in: U.S.-Congress, Joint Economic Committee: Soviet Economy in a Time of Change, Washington D.C., Bd. 1, 312-340
- Seidenstecher, G. (1986): *Das »Ökonomische Experiment großen Maßstabs« in der sowjetischen Wirtschaft*, Teil I: Im Kern des Experiments: die »Finanzfonds«, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln, Nr. 36; Teil II: Ergebnisse und Auswirkungen, Berichte ... Nr. 37
- Sharpe, M.E. (Ed.)(1986): *Strukturnye sdvigi v narodnom chozjajstve SSSR (Strukturelle Veränderungen in der Volkswirtschaft der UdSSR)*, in: *Serija Ekonomiceskaja*, No. 2, 32-45
- Zaleski, E. (1967): *Planning Reforms in the Soviet Union 1962-1966*, Chapel Hill